

4. Eine strukturelle Logik der modernen Politik?

Populismus in der Radikaldemokratie

In den 1950er und 1960er-Jahren war der Begriff »Populismus« dominiert von seiner soziologischen Fassung in liberalen Modernisierungstheorien, die sich der Erforschung der Massengesellschaft widmeten. An diesem hegemonialen Verständnis setzten ab den 1970er-Jahren verschiedene Kritiken an, die zur Herausbildung einer radikaldemokratischen Populismustheorie führten. Ihr sind mehrere der heute wirkmächtigsten Populismusverständnisse zuzuordnen, vor allem die Arbeiten Ernesto Laclau, Chantal Mouffes und Margaret Canovans. Sie werden in diesem Kapitel untersucht.

Alle drei sind linke Intellektuelle ihrer Zeit und also von ganz anderen politischen Ideen bewegt als die liberalen Modernisierungstheoretiker. In den 1970er-Jahren hatten die weltweiten Student*innenbewegungen und die Neuen Sozialen Bewegungen im Westen praktisch und theoretisch bereits mit der stalinistischen Verknöcherung in der UdSSR gebrochen und forderten eine Ausdehnung der Demokratie auf alle Lebensbereiche ein. Canovan, Laclau und Mouffe machen diesen politischen Ausgangspunkt ihrer Kritiken sehr deutlich (vgl. Canovan 1999: 15; Laclau/Mouffe 2000: 200).¹

So benennt etwa Margaret Canovan ihre Differenz zum elitären Demokratieverständnis der liberalen Modernisierungstheorie unmittelbar politisch. In ihrer frühen phänomenologischen Studie über Varianten des Populismus greift sie deren US-amerikanische Vertreter William Kornhauser, Edward Shils und Seymour Martin Lipset scharf an. Sie hatten, im Einklang mit einem intellektuellen Stimmungswechsel zwischen 1930 und 1950 und vor dem Hintergrund des gerade erst besieгten Nationalsozialismus, des italienischen Faschismus und vor allem des (durchaus populären) US-amerikanischen McCarthyismus den Populismus als eine Ge-

¹ Kolja Möller gibt einen Hinweis auf den Grund für die große damalige Anziehungskraft des Populismus auf linke Intellektuelle: In den nationalen Dekolonialisierungsbewegungen hatten sich breite Klassenallianzen unter Bezug auf »das Volk« als erfolgreiche Strategie gegen die Kolonialmächte bewährt. Sie warfen nicht zuletzt für marxistische Linke grundsätzliche Fragen der politischen Strategie auf (vgl. Möller 2022: 28ff.).

fahr für die liberale Demokratie dargestellt. Um sie gegen die dumme, irrationale und autoritäre »Masse« zu verteidigen, isolierten sie in ihren Demokratiekonzeptionen die liberale Elite und das Volk so weit als möglich voneinander. Demokratie wurde etwa für Lipset unumwunden zu etwas *gegen* das Volk zu Verteidigendes, und Shils machte gerade die »populist quality of U.S. political culture« (Canovan 1981: 182) für den McCarthyismus verantwortlich. Canovan verficht demgegenüber in England die von der internationalen Student*innenbewegung erhobene Forderung nach Partizipation und Kontrolle über das eigene Leben unter dem Begriff der »populist democracy«. Dieser demokratische Populismus erhält überall dort Zulauf, wo Demokratie zwar formal besteht, aber die Praxis nicht dem demokratischen Versprechen entspricht: »Populist democracy consists of attempts to realize that promise and to make ›government by the people‹ a reality« (ebd.: 173f.).

Der massenhaften Unterstützung für autoritäre Politik will sie gerade nicht durch einen elitären Ausschluss der Massen, sondern durch einen möglichst weitreichenden Einbezug breiter Bevölkerungsschichten begegnen.

Diesen grundsätzlich wohlwollenden Blick auf populistische Mobilisierungen behält Canovan auch bei, als sie später ihre Perspektive mithilfe der Politiktheorie Michael Oakeshotts theoretisch neu fundiert. Vor diesem Hintergrund lehnt sie auch die unter anderem von Torcuato S. Di Tella und später von Hans-Georg Betz vertretene Position ab, Populismus wäre ein pathologisches Symptom, das einerseits politisch überwunden, andererseits soziologisch erklärt werden könnte. Demgegenüber versteht sie Populismus als Forderung nach Einlösung des demokratischen Versprechens, dass die Macht beim Volke liegt (vgl. Canovan 1999: 3f.).

Auch Ernesto Laclau nähert sich dem Populismusbegriff von einer konkreten politischen Erfahrung aus, nämlich von der Niederlage des Peronismus und den Auseinandersetzungen in der sozialistischen Student*innen- und Arbeiter*innenbewegung Argentiniens. Anders als Margaret Canovan argumentiert er jedoch sozialtheoretisch und kritisiert den soziologischen Funktionalismus der älteren Modernisierungstheorie. Laut Laclau reduziert er, ebenso wie der sozialistische Ökonomismus, den Populismus auf eine bestimmte Klassengrundlage. Gegen eine solche bloße Repräsentation vorhandener Interessen stellt Laclau eine gramscianische Vorstellung von Politik im Allgemeinen sowie von Populismus im Besonderen als hegemonial und diskursiv strukturiert (vgl. Laclau 1990: 197ff.).

Dass im Populismus die soziale Klassenbasis und der ideologische Ausdruck scheinbar auseinanderfallen, schreibt die modernisierungstheoretische, oder, wie Laclau sich ausdrückt, »functionalist conception of populism« (Laclau 1977: 147), etwa in den Arbeiten Gino Germanis und Torcuato di Tellas einer grundlegenden Ungleichzeitigkeit von ökonomischen und sozialen Prozessen in Entwicklungsländern zu. Di Tella macht für den Populismus konkret eine »revolution of rising expectations« verantwortlich, in der vor allem urbane Schichten politische und materielle Ansprüche entwickelten, ohne über entsprechende Macht zu verfügen.

Als aufbegehrende, aber unorganisierte, »disposable mass of supporters« (di Tella 1970, 49, zit. n. Laclau 1977: 152) stünden sie für eine autoritäre Mobilisierung zur Verfügung. In Abgrenzung von gewerkschaftlichen Repräsentationsmodellen in entwickelten Industriegesellschaften erscheint populistische Mobilisierung so als eine unterentwickelte Form der Organisation und Artikulation von Klasseninteressen. Und Germani fügt dem hinzu, dass die vom Land in die Stadt migrierten Arbeiter*innen mit ihren traditionellen Vorstellungen ideologisch rückständig sind und daher nicht für eine moderne politische Mobilisierung im Sinne der europäischen sozialistischen Tradition taugen. Laclau widerspricht dieser defizitären Perspektive scharf. Der Rückgriff auf ländliche Symbole und Werte in der urbanen gesellschaftlichen Situation bedeute nicht das Fortleben überholter Elemente, sondern schon deren Transformation gemäß der neuen gesellschaftlichen Klassenwidersprüche. Die populistische Absage an etablierte europäische Gewerkschaftsdiskurse könne daher gerade eine fortschrittlichere, radikalere und modernere Haltung zum Ausdruck bringen (vgl. ebd.: 157).

Später entfernte Laclau sich von seinem marxistischen, auf Klassen fokussierten Ausgangspunkt und arbeitete eine allgemeine politische Theorie der »nature and logics of the formation of collective identities« (Laclau 2005: ix) aus. Darin geht er nicht länger von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen als Träger politischer Prozesse aus, sondern versucht, deren Entstehung allererst zu erklären. Dazu erweitert er seine Kritik des soziologischen Funktionalismus um eine Auseinandersetzung mit der Massenpsychologie des 19. Jahrhunderts, wie sie vor allem in Gustave Le Bons »Psychologie der Massen« entwickelt ist. Laclau versucht, Populismus von den Verunglimpfungen aus zu begreifen, die ihm und dem Phänomen der Masse von dieser Seite immer wieder entgegengebracht wurden und werden. Durch die Kritik an den dahinterliegenden Prämissen hindurch zielt er auf ein Verständnis von Populismus als einer politischen Logik, ja *der* politischen Logik moderner Gesellschaften.

Chantal Mouffe schließlich hat die Kritik an der frühen Modernisierungstheorie auf spätere Vertreter ausgedehnt. In Ulrich Becks und Anthony Giddens' Theorien einer »Reflexiven Moderne« sieht sie fehlgeleitete Modelle einer »postpolitischen« (Mouffe 2010: 64) Demokratie ohne Gegnerschaft. Laut Beck etwa hat der sich stetig ausdehnende Individualismus der posttraditionalen »Risikogesellschaft« kollektive Identitäten in der Politik überflüssig gemacht. Dies wird als Erfolg der westlichen Modernisierung begriffen. Gegner*innen sind in dieser Perspektive lediglich noch die traditionalistisch Gesinnten, die nicht dem Lauf der Geschichte folgen und trotz der dialogischen öffentlichen Debatte an alten Gewissheiten festzuhalten versuchen (vgl. ebd.: 66). Mouffe kritisiert, dass Beck und Giddens letztlich die von ihnen befürwortete Politik, insbesondere ihre positive Haltung zur Globalisierung, in eine »Rhetorik der Modernisierung« kleiden und als Resultat ihrer soziologischen Analyse ausgeben. Indem sie sich auf den scheinbar unpolitischen Vorgang der Moder-

nisierung zurückziehen, verneinen sie den politischen Charakter der Gegenüberstellung von »Modernen« und »Traditionalisten«. Damit aber manifestiert sich unter der Hand doch wieder ein politischer Antagonismus in ihren Theorien, nämlich ein »mit pseudowissenschaftlicher Begründung auftretender Exklusionsmechanismus« (Mouffe 2010: 74) gegenüber Modernisierungskritiker*innen. Wie auch Philip Manow kritisiert sie, dass der Populismus vor diesem Hintergrund nur moralisierend aufgefasst werden kann, nämlich als archaischer, regressiver Impuls, der in der modernen Demokratie keine Berechtigung hat.

Zusammengekommen wenden die radikaldemokratischen Populismustheorien gegen die Modernisierungstheorie vor allem ein, dass Demokratie und Politik nicht auf bestimmte Institutionen oder die Auswahl der herrschenden Eliten reduziert werden können, sondern als Prozess die ganze Gesellschaft umfassen. Der Erfolg populistischer Parteien oder Bewegungen kann demnach nicht allein auf bestimmte soziale Faktoren oder Klassen zurückgeführt werden, sondern drückt eine strukturelle Dimension demokratischer Gesellschaften aus. Populismus ist fundamental politisch. Entsprechend sind populistische Politikformen nicht einfach Ausdruck eines pathologischen oder archaischen Irrationalismus, sondern können rationale Interessenartikulationen bzw. die Einforderung demokratischer Versprechen sein.

Wie schon zu erahnen ist, sind die verschiedenen Arbeiten trotz dieser geteilten Stoßrichtung von grundverschiedener theoretischer Statur. Während Canovan über keine kohärente Grundlegung verfügt und ihre Thesen vor allem in einer Reihe kürzerer Artikel entwickelte, haben Mouffe und Laclau in zahlreichen Büchern und Aufsätzen eine theoretisch mitunter äußerst avancierte Schule begründet, in deren Rahmen sich ihre Arbeiten bewegen. Daher bieten sie der Analyse deutlich mehr Material und stehen in diesem Kapitel im Mittelpunkt. Welches Verständnis der Konstellation von Kapitalismus, Demokratie und autoritärer Ideologie liegt diesen kritischen Einwänden der Radikaldemokratie zugrunde?

4.1 Demokratie und das Politische

Anders als die derzeit vorherrschende öffentliche Diskussion und auch als die übrigen hier untersuchten Theorien, setzen die radikaldemokratischen Autor*innen Populismus in ein weitgehend positives Verhältnis zur Demokratie. Das deutet darauf hin, dass hier sowohl ein anderer Begriff von Demokratie als auch eine andere politische Bewertung populistischer Bewegungen vorausgesetzt sind. Welche theoretischen Entscheidungen liegen dem zugrunde?

4.1.1 Populismus als ein Moment der Demokratie

Margaret Canovan stellt sich explizit in die Tradition der partizipatorischen Demokratietheorie im Sinne Carole Patemans, Benjamin Barbers und James S. Fishkins. Sie sind für Canovan der philosophische Ausdruck der emanzipatorischen Bewegungen der 1960er-Jahre. Und es sind deren Themen, die sie im Populismus wiedererkennt:

»Where else have we come across furious revulsion against pragmatic party politics and its compromises? Where else schemes for returning democracy to the grassroots and empowering the people? Where else calls for transparency and directness in the relation between popular will and democratic act, for the overcoming of alienation?« (Canovan 1999: 15).

Interessanterweise wählt Canovan nach ihrer anfänglichen phänomenologischen, explizit antitheoretischen Annäherung, besonders in ihrer Pionier-Studie »Populism« (Canovan 1981), dennoch die konservative Theorie Michael Oakeshotts als Grundlage für ihre Überlegungen zum Populismus. Was sie anzieht, ist Oakeshotts Kritik des liberalen Rationalismus und seine Bejahung des demokratischen Versprechens, eine gewisse Kontrolle über das eigene Leben zu erringen. Mit ihm unterscheidet sie an der modernen Demokratie zwei Gesichter, das heißt zwei konfligierende, aber untrennbar miteinander verbundene Politikstile: einen von ihr als »redemptive« bezeichneten, also erlösenden, hoffnungsvollen, volkssouveränistischen Impuls und einen als »pragmatic« (Canovan 1999: 9) betitelten, also herrschaftlichen, verwaltenden, Konflikte verarbeitenden Zug.

Mit dieser Unterscheidung stellt sie die Frage nach dem Verhältnis von Rationalität und Irrationalität ins Zentrum ihrer Populismustheorie. Canovan grenzt sich von der Vorstellung ab, Populismus wäre ein bloß pathologisches Verhalten. Sie betont, dass Populismus eine Forderung nach der Einlösung des demokratischen Versprechens ist, die Macht liege beim Volk. Sie geht gar so weit, Populismus prinzipiell als eine Revolte gegen die herrschenden Machtstrukturen, Ideen und Werte der jeweiligen Gesellschaft zu deuten – ein Urteil, das umso mehr erstaunt, als zu den von ihr so beschriebenen Fällen auch der damalige Front National unter Jean-Marie Le Pen gehört (vgl. ebd.: 3f.).

Entgegen ihrer Absage an Populismustheorien in den 1980ern, die sich explizit auch gegen Laclau richtete (vgl. Canovan 1982), erhofft sie sich ab Beginn der 2000er-Jahre theoretischen Fortschritt durch »structural considerations« (Canovan 1999: 3) über das Verhältnis von Populismus und Demokratie. Populismus speist sich laut ihr aus dieser Spannung, die der modernen Demokratie selbst wesentlich ist, und begleitet daher die Demokratie unweigerlich »like a shadow« (Canovan

1999: 16). Er tritt immer dann auf, wenn die erlösende, hoffnungsvolle Seite der modernen Demokratie zu sehr unterdrückt ist.

Ihren früheren, eher rationalistischen Blick auf populistische Bewegungen (siehe Abschnitt 4.2.1) transformiert Canovan in dieser strukturalistischen Perspektive. Denn in ihrem Oakeshott'schen Demokratieverständnis ist mit dem »Erlösungs«-Impuls der Demokratie explizit Raum für politische Artikulationen und Forderungen, die nicht in reiner Interessenpolitik aufgehen. Ja, sie werden sogar der pragmatischen Interessenverarbeitung gleichrangig zur Seite gestellt. Allerdings ist dieses über spezifische Interessen hinausgehende Moment hier wie auch in ihren früheren Texten als ein immer schon demokratisches eingehetzt. Denn die gegen das schmutzige politische Alltagsgeschäft aufgestellte Erlösungshoffnung zielt laut Canovan stets darauf, das demokratische Ideal der Volksherrschaft und der emanzipatorischen Kontrolle über das eigene Leben zu erneuern (vgl. ebd.: 11f.). Populismus ist daher nie einfach autoritär, sondern trägt stets einen egalitären Impuls in sich.

Auch Canovans noch spätere Arbeit mit Michael Freedens Ideologiebegriff – entgegen ihrer eigenen, früheren Kritik an Ideologie-Definitionen des Populismus – ändert daran nichts. An die Stelle des Gegensatzes der »redemptive« und »pragmatic faces« der Demokratie tritt hier der von Inklusion (»bringing people into politics«) und der Vermittelbarkeit der damit steigenden Komplexität (»taking politics to the people«). Demokratische Politik wird demnach von den meisten Subjekten, die sie emanzipieren will, schlicht nicht verstanden. Beziehungsweise: Je demokratischer und also komplexer ein politisches System wird, desto schwieriger ist es zu verstehen (vgl. Canovan 2002: 26). Die Ideologie, die diese Kluft zu überbrücken versucht, um Politik verstehbar zu machen, ist durch und durch populistisch (ebd.: 29). Populist*innen sind also jene, die die demokratische Politik ernst nehmen.

Populist*innen sind für Canovan aber stets auch zutiefst tragische Figuren. Denn sie mobilisieren ein demokratisches Versprechen, das nicht erfüllt werden kann. Gegen die Idee der Kontrolle über das eigene Leben stehen »the hard facts of political and economic interdependence« (Canovan 1999: 12), zudem muss jedes funktionierende Gemeinwesen den lebendigen »Willen des Volkes« in entfremdeten Institutionen und dem »dead letter of the law« (ebd.: 14) festzurren.

Dennoch hat Canovan Populismus damit von einer Ausnahme zu einem regelhaften Moment der modernen Demokratie erklärt. Bei allen theoretischen Differenzen formuliert sie damit die zentrale These, die auch die Demokratie- und Populismusverständnisse Laclaus und Mouffes organisiert.

4.1.2 Der Volk/Machtblock-Widerspruch als eigenständige Herrschaftsbeziehung

Für den frühen, marxistischen Laclau ist das »Volk« zunächst nicht lediglich eine rhetorische Figur, sondern eine objektive Größe. »Volk« bezeichnet ein Pol in der politischen und ideologischen Herrschaftsbeziehung zwischen »Volk« und »Machtblock«, die nicht mit dem Klassenverhältnis in eins fällt. Den Kampf um die konkrete Ausgestaltung des Subjektes Volk im Gegensatz zum Machtblock nennt Laclau »popular-democratic struggle« (Laclau 1977: 107). In diesem Zusammenhang tritt der Demokratiebegriff in seiner Theorie auf und wird definiert als ein »set of symbols, values etc. – in short, interpellations – through which the ›people‹ grows aware of its identity through its [opposition to] the power bloc« (ebd.). Diese oppositionelle Anrufung kann in konkreten Wörtern wie »the other«, »the counterposed«, »the underdog« (ebd.) ausgedrückt sein. Allgemeiner sind hier aber alle Symbole und Werte gemeint, die dem Subjekt Volk eine positive Identität verleihen, vor allem »folklore in mass ideology« (ebd.: 173), »nationalism«, »national traditions« (ebd.: 117) sowie »anti-plutocratic [...] aspects« (ebd.: 120). Diese popular-demokratischen Ideologien existieren in jeder nationalen Kultur und treten insbesondere in Krisenzeiten hervor. Verbunden mit diesen Anrufungen bedeutet Demokratie für Laclau immer zum einen Institutionen, in denen demokratische Rechte materialisiert sind, zum anderen demokratische Subjekte, die fähig sind, diese Rechte wahrzunehmen (vgl. ebd.: 107).

Darüber hinaus ist Laclaus Demokratiebegriff kaum positiv bestimmt. Laclau grenzt ihn explizit sowohl von liberalen Demokratiekonzeptionen als auch von bestimmten, instrumentellen Demokratieverständnissen im Marxismus ab. Demokratie ist in jedem Fall mehr als bürgerliche Freiheit, Gleichheit und allgemeines Wahlrecht. Damit soll auch einem bestimmten marxistischen »revolutionary cynicism« (ebd.) eine Absage erteilt sein, der demokratische Institutionen lediglich als Werkzeuge zur Herbeiführung einer Diktatur des Proletariats erachtetet. Insgesamt setzt Laclau ein Ergänzungsverhältnis von Sozialismus (im Sinne einer Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeitskraft) und wahrer Demokratie voraus. Wahre Demokratie kann demnach nur durch die Abschaffung der Ausbeutung erreicht werden. Zugleich muss diese Abschaffung demokratisch geschehen, also getragen durch die große Mehrheit der Bevölkerung (vgl. ebd.: 108).

Laclau versucht das antagonistische Potenzial der Demokratie historisch-kritisch aus seiner Absorption und Neutralisierung durch den Liberalismus zu befreien und betont immer wieder, dass Demokratie nicht wesentlich an einen bestimmten Klassendiskurs gebunden ist (vgl. etwa ebd.: 170). Andersherum aber wendet er sich ebenfalls gegen maoistische Verklärungen der Demokratie als einer immer wieder aufkommenden Keimform des Kommunismus. Für Laclau gibt es

nämlich überhaupt keinen originären populär-demokratischen Diskurs mit einer bestimmten politischen Ausrichtung, sondern demokratische Ideologie existiert lediglich in Form der oben genannten Diskurselemente. Trotzdem reserviert Laclau der Demokratie eine besondere Beziehung zum Sozialismus. Der Sozialismus drängt, als Diskurs der unterdrückten Klasse, qua deren Klasseninteressen von selbst auf eine Überwindung des Staates hin. Deshalb kann nur der Sozialismus den demokratischen Widerspruch von Volk und Machtblock voll entwickeln und zu seiner logischen Konsequenz führen, die in eben jener Überwindung des Staates liegt (vgl. Laclau 1977: 171).

4.1.3 Nach dem Marxismus: »Demokratische Revolution« ohne bürgerliche Gesellschaft²

Im Zuge des Wandels Laclaus von der marxistischen zur post-marxistischen oder radikaldemokratischen Populismustheorie wird der Begriff der Demokratie deutlich wichtiger. In ihrem gemeinsamen Opus magnum *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus* sprechen Mouffe und Laclau von einem »demokratischen Imaginären« (Laclau/Mouffe 2000: 199) als Kern moderner Politik. Ihm wollen sie gegen das »jakobinische Imaginäre« (ebd.: 32) des Marxismus zu vollem Recht verhelfen.

Dazu entwickeln sie, gestützt auf Arthur Rosenberg, eine gewissermaßen auf den Populismus ausgerichtete Deutung der politischen Emanzipationsbewegungen seit 1789. Deren verschiedene Phasen unterscheiden sie entlang unterschiedlicher, jeweils bestimmender politischer Spaltungslinien.

Als Ursprung der modernen Strukturierung von Politik gilt ihnen die Französische Revolution. Mouffe und Laclau verstehen alle emanzipatorischen Kämpfe als Fortsetzungen dieser großen Umwälzung, die sie mit Alexis de Tocqueville als eine »demokratische Revolution« deuten. Zwischen 1789 und 1848 ist demnach die politische Spaltung der Gesellschaft in Volk und System (bzw. Ancien Régime) der zentrale Antreiber der historischen Konfrontationen in Europa gewesen. Diese Vereinigung als »Volk«, die zunächst als gegeben und einzige mögliche erschien, büßte aber bis zur Revolution von 1848 angesichts der wachsenden Komplexität und korporatistischen Differenzierung der kapitalistischen Gesellschaft zunehmend an Überzeugungskraft ein. Zudem artikulierte das politisch aufstrebende Proletariat, insbesondere in der Restaurationszeit nach 1848, politische Spaltungen immer mehr als Klassenkämpfe. Die politische Polarisierung der Gesellschaft in zwei antagonistische Lager war von einer unbezweifelbaren Tatsache zu einer beständigen Herausforderung geworden, der Gegensatz von Volk und Ancien Régime schien nicht mehr vorwärts zu treiben. Vollends erledigt sehen Mouffe und Laclau das Projekt

² Dieser Abschnitt basiert auf Teilen eines bereits veröffentlichten Artikels (Breuning 2018b).

einer Einigung des »populären Pols« dann aber erst durch die marxistische Antwort auf diese Krise. Die marxistische Konzeption vom Kampf zweier Klassen als Motor der revolutionären Emanzipation sehen Mouffe und Laclau dadurch gegenüber der populistischen Logik im Nachteil, dass sie weder die *ganze* Gesellschaft zu spalten vermag, noch automatisch einen *politischen* Gegensatz produziert – oder jedenfalls nur unter ganz bestimmten Annahmen. Von hier aus begründet sich Mouffes und Laclaus Opposition gegen die zentralen Aspekte der marxistischen Emanzipationsvorstellung, die sie »jakobinisch« nennen: die Zentralität der Arbeiter*innenklasse; die eine Revolution als Übergang zu einer neuen Gesellschaftsform; ein einheitlicher kollektiver politischer Wille (vgl. Laclau/Mouffe 2000: 32). Und von hier aus versuchen sie, angesichts der Neuen Sozialen Bewegungen, das 1789 geborene »demokratische Imaginäre« und die populistische Logik gegen die Vorherrschaft des Marxismus wieder zur Geltung zu bringen. Dazu deuten sie die Französische Revolution als einen bis heute fortwirkenden demokratischen Urknall.

Was heißt das? Ihnen zufolge bestand die historische Neuheit der Französischen Revolution vor allem darin, »das demokratische Prinzip der Freiheit und Gleichheit als neue Matrix des sozialen Imaginären durch[zu]setzen« (ebd.: 191). Während im holistischen Gesellschaftsverständnis des Ancien Régime Politik nur darin bestehen konnte, die hierarchisch zementierten, durch den Willen Gottes legitimierten Verhältnisse zu wiederholen und zu bestätigen, setzte die Französische Revolution eine neue Legitimität als verbindlich, die dem Volk die absolute Macht zuspricht. Anknüpfend an den libertären Demokratietheoretiker Claude Lefort sehen Mouffe und Laclau darin nicht weniger als eine »neue Art und Weise der Instituierung des Sozialen« (ebd.: 192). Denn indem Freiheit und Gleichheit als zentrale Prinzipien der Politik gesetzt wurden, konnten nun emanzipatorische Bewegungen vielfältige Formen der Ungleichheit als illegitim und widernatürlich kritisieren. Die Prinzipien der Gleichheit und Freiheit können auf immer größere Bereiche der Gesellschaft ausgeweitet werden und immer neue Kämpfe gegen Formen der Unterordnung anstoßen.

Diese »Logik der Äquivalenz« (ebd.: 195), etwa in Form der Erklärung der Menschenrechte, schafft so gesehen die »diskursiven Bedingungen der Möglichkeit, die verschiedenen Formen der Ungleichheit als illegitim und widernatürlich hinzustellen« (ebd.: 196). Der neu geschaffene demokratische Diskurs erlaubte es, verschiedene Widerstandsformen gegen stabile, allgemein als notwendig erachtete Unterordnungsverhältnisse aufeinander zu beziehen. So konnten sie einander äquivalent gemacht und durch die anprangernde Berufung auf Freiheit und Gleichheit von *Unterordnungs-* zu *Unterdrückungsverhältnissen* werden.

Da Mouffe und Laclau das »demokratische Imaginäre« gegen das Emanzipationsmodell des Marxismus in Stellung zu bringen versuchen, ist besonders aufschlussreich, wie sich nun die »Logik der Äquivalenz« zur Unterordnung in kapitalistischen Produktionsverhältnissen verhält. Auch sozialistische Bewegungen wol-

len sie ausdrücklich als ein »inneres Moment der demokratischen Revolution« verstehen, nämlich als die »Verschiebung von der Kritik der politischen Ungleichheit auf die Kritik ökonomischer Ungleichheit« (Laclau/Mouffe 2000: 192). 1977 kritisierte Laclau genau solch ein Verständnis von Sozialismus als einer bloßen Erweiterung der Bürger*innenrechte noch als ein liberales Demokratieverständnis (vgl. Laclau 1977: 107). Er sah darin eine Hypostasierung der abstrakten Gleichberechtigung im Status des Bürgers, als wäre damit schon eine vollumfängliche Demokratie möglich. Hinter der Gleichberechtigung wird die reale kapitalistische Ausbeutung unsichtbar. Es müssen zugleich hegemoniale populare Subjekte entstehen, die die »elimination of class exploitation« (ebd.: 108) durchsetzen. Sozialismus und Demokratie waren 1977 also nicht dasselbe, sondern zwei nur der Möglichkeit nach komplettäre Kämpfe, die politisch erst vereint werden müssen.

1981 hingegen ist für Mouffe und Laclau der widersprüchliche Zusammenhang von demokratischem Imaginären und bürgerlicher Gesellschaft kein Thema mehr. Diese Entwicklung verdient kritische Aufmerksamkeit, denn hier zeigen sich deutlich die Folgen der Ablösung vom Marxismus für den postmarxistischen Demokratiebegriff.

Mouffe und Laclau erzählen die Geschichte der Französischen Revolution ausschließlich als eine Verschiebung im gesellschaftlichen Imaginären, also in der politischen Kultur und den politisch wirkmächtigen Legitimationsfiguren. Damit ist aber die neue »soziale Logik« demokratischer Gesellschaften kaum zureichend beschrieben. Stehen die neuen politischen Legitimationsfiguren nicht im Zusammenhang mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen, die die Revolution hervorbrachte? Der Kampf der Französischen Revolution gegen das Ancien Régime vollzog sich nicht allein auf dem Gebiet des »sozialen Imaginären«. Begreift man sie zugleich als eine *bürgerliche* Revolution, gerät in den Blick, dass die Kritik der überkommenen Legitimitätsstrukturen von einer praktischen Kritik der hochgradig verrechtlichten Aneignungs- und Herrschaftsformen des Ancien Régime angetrieben und getragen wurde. Der welthistorische Bruch der »demokratischen Revolution« bestand also nicht allein in einem Wandel der Legitimitätsformen, sondern zudem in der Trennung zweier zuvor ungeschiedener gesellschaftlicher Sphären: »Staat« und »Ökonomie«. Die personale Herrschaft wurde veröffentlicht und damit, mit einem Ausdruck der marxistischen Staatstheoretikerin Heide Gerstenberger, zu »subjektloser Gewalt« (Gerstenberger 2006). Herrschaftsrechte wurden enteignet und die »Souveränität des Volkes« ersetzt im modernen Staat die dynastische Souveränität als Legitimitätsgrundlage.

Folgt man Gerstenbergers kritischer Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt, war die Beseitigung personaler Herrschaftsformen aber zugleich die zentrale Voraussetzung dafür, dass kapitalistische Produktionsverhältnisse herrschend werden konnten. Denn die Veröffentlichung der Staatsgewalt ermöglichte erst die Freisetzung des Marktes. Staatsgewalt sollte nicht länger zur privaten

Bereicherung ihrer Inhaber gebraucht werden dürfen, sondern ausschließlich politischen Zwecken dienen, während Auskommen und Gewinn in der wirtschaftlichen Sphäre zu suchen sind. Der bürgerliche Charakter der »demokratischen Revolutionen« offenbart sich nun gerade in dieser Trennung von Politik und Ökonomie, die den bürgerlichen Staat auf das Prinzip der Neutralität gegenüber jeglicher Art von Privatbesitz verpflichtet. Denn indem der Staat die freie Verfügung über jede Art privaten Eigentums gleichermaßen schützt, schützt und verstetigt er zugleich den grundlegenden Unterschied zwischen denjenigen, die über Produktionsmittel verfügen und anderen, die lediglich ihre Arbeitskraft verkaufen können. Er schafft also die rechtlichen Voraussetzungen der kapitalistischen Produktionsweise (vgl. Gerstenberger 2006: 518–520). Gerstenberger fasst den springenden Punkt dieser Theorie wie folgt zusammen:

»Es ist das bleibende Ergebnis einer in den sechziger und siebziger Jahren unter Marxistinnen und Marxisten international geführten Diskussion über die gesellschaftliche Form kapitalistischer Staatsgewalt, daß deren ›Klassencharakter‹ gerade nicht – oder jedenfalls nicht in erster Linie – im Einsatz staatlicher Gewaltmittel gegen (protestierende) Arbeitskräfte, in offener Klassenjustiz und anderen direkten Formen von Unterdrückung und Benachteiligung zu sehen ist, sondern in der Neutralität staatlicher Gewalt gegenüber jeglicher Art von Privatbesitz« (ebd.: 520).

Somit lässt sich sagen, dass Klassengesellschaften im Sinne von aus verrechtlichten Standes- und Privilegienunterschieden freigesetzten Klassenverhältnissen überhaupt erst durch die bürgerlichen Revolutionen geschaffen wurden.

Diese bürgerliche Seite der Französischen Revolution blenden Mouffe und Laclau jedoch aus, wenn sie sich in ihrer Deutung lediglich auf die demokratischen Prinzipien der Freiheit und Gleichheit konzentrieren. Wie schon die amerikanische marxistische Historikerin Ellen Meiksins Wood in ihrer frühen Kritik am Postmarxismus dargelegt hat, ist die »Autonomie« des Politischen, die Mouffe und Laclau theoretisch zu erklären versuchen, also die *Staatsform*, eine der stärksten ideologischen Kräfte des bürgerlichen Staates. Denn sie lässt es schon fraglich erscheinen, ob überhaupt ein Klassengegensatz existiert oder gar politisch bedeutsam ist (vgl. Wood 2016: 149). Indem nun der Postmarxismus diese »Autonomie« des Politischen zur alleinigen Art und Weise der »Instituierung des Sozialen« erklärt, akzeptiert er diese vorgebliche Klassenlosigkeit.

Es stimmt natürlich, dass bürgerliche Revolutionen unter den Maximen der Gleichheit, der Freiheit und der natürlichen Rechte aller Menschen durchgefochten wurden und damit fortan die Begründung bestimmter Ausschlussstrategien eines ganz anderen Aufwands bedurfte als im Ancien Régime. Zwar verwehrte die durch sie geschaffene Herrschaft zunächst auch weiterhin Bauern, Arbei-

ter*innen, Sklaven, Frauen, jüdischen Menschen und anderen nicht-christlichen Religionsangehörigen den Zutritt zum nun souveränen »Volk«. Aber die neue Legitimationsgrundlage bürgerlicher Staaten wurde zum Ansatzpunkt weitergehender Forderungen, die die Partizipation jener Gruppen einklagten. Liberaldemokratische Institutionen und die neuen Rechtfertigungsformen sind aber nicht vom (verdeckten) Klassencharakter des bürgerlichen Staates zu trennen. Es bleibt ein widersprüchlicher Zusammenhang von Demokratie und Kapitalismus bestehen, der nicht durch eine bloße Ausdehnung der politischen Gleichheit überwunden werden kann. Denn zur neuen »Instituierung des Sozialen«, die von emanzipatorischen Bewegungen ausging, gehört auch, dass diese sich für ihre Forderungen nach politischer Partizipation eben auf jene Rechte und Prinzipien der bürgerlichen Revolution berufen und also die Grundlagen des bürgerlichen Staates zumindest in dieser Hinsicht bestätigen mussten (vgl. Gerstenberger 2006: 523). Insofern zu diesen Grundlagen eben die Absicherung kapitalistischer Produktionsverhältnisse gehört, wird die eingeforderte staatsbürgerliche Gleichheit von deren Verheerungen immer wieder untergraben.

Mouffe und Laclau verlieren diesen widersprüchlichen Zusammenhang von demokratischem Staat und Klassenverhältnissen allerdings aus dem Blick, da sie durch die »demokratische Revolution« eine gewissermaßen freischwebende, »durch ein egalitäres Imaginäres unterstützte Logik der Verschiebung« (Laclau/Mouffe 2000: 205) eingesetzt sehen, die unaufhörlich fortwirken kann. Als sozialistische Strategie leiten sie daraus eine bloß quantitative »Ausdehnung des Feldes demokratischer Kämpfe auf die ganze civil society und den Staat« (ebd.: 215) ab, ohne nach dem qualitativen Unterschied zwischen einer Ausweitung von Staatsbürgerrechten und einer Aufhebung kapitalistischer Produktionsverhältnisse zu fragen. Sie konzentrieren sich darauf, zu Recht die orthodoxe These abzuwehren, demokratische Rechte wären »von Natur aus ›bürgerliche‹« (ebd.: 93) und also bloß scheinbare Freiheiten. Darüber versäumen sie aber, auch die staatlichen Voraussetzungen dieser Rechte und damit ihre Begrenztheit zu reflektieren. Sie folgen in dieser Hinsicht ihrem zentralen demokratietheoretischen Bezugspunkt in der marxistischen Tradition, Eduard Bernstein. Bernstein ging bereits 1922 davon aus, dass der bürgerliche Staat durch die Demokratisierung »die organisierte politische Persönlichkeit eines unabhängigen Volkes« (Bernstein 2011: 117) geworden war. Er definierte gar Demokratie als »Aufhebung von Klassenherrschaft« (Bernstein 1899: 122), verneinte also einen spezifischen Klassencharakter des bürgerlichen Staates. Insgesamt versteht Bernstein den Sozialismus sowohl im politischen Denken als auch in der Praxis als Ausdehnung des von der Französischen Revolution eröffneten politischen Raumes. So betonte er 1899 mit Blick auf mögliche Allianzen der deutschen Sozialdemokratie mit progressiven Elementen des Bürgertums, dass die modernen, liberalen staatlichen Institutionen »biegsam, wandlungs- und

entwicklungsfähig« (Bernstein 1899: 139) sind. Anders als die Einrichtungen des Feudalismus brauchen sie nicht gesprengt, sondern nur fortentwickelt zu werden.

Mouffe und Laclau schließen sich erkennbar dieser Linie an. Dadurch übernehmen sie allerdings auch den demokratischen Fortschrittsglauben, den sie bei Bernstein zunächst noch kritisieren. Nur wenige Jahre nach »Hegemonie und radikale Demokratie« schrieb Mouffe: »Once begun, the democratic revolution has had, necessarily, to undermine all forms of power and domination, whatever they might be« (Mouffe 1988: 94).

In Bezug auf das oben angesprochene Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus verweisen die Einwände der kritischen Staatstheorie hier bei Mouffe und Laclau auf eine innere Grenze der sozialistischen Gesellschaftskritik, die schon Karl Marx anhand der Theorien des französischen Frühsozialisten Pierre-Joseph Proudhon hervorhob. Der Sozialismus war oft unfähig, zu erkennen, dass juristisch-politische Gleichheit und ökonomische Ausbeutung in der bürgerlichen Gesellschaft gleichzeitig und miteinander verbunden bestehen. Marx unterschied, dass Freiheit und Gleichheit Formen der Zirkulationssphäre, also der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft sind, während in der kapitalistischen Produktion immer schon eine Spaltung in Eigentümer*innen von Produktionsmitteln und jene, die nur ihre Arbeitskraft verkaufen, vorausgesetzt ist (vgl. Arndt 2015: 123). Dem sozialistischen Versuch, die Freiheit und die Gleichheit der bürgerlichen Gesellschaft reformistisch gegen ihre ökonomische Ungleichheit in Stellung zu bringen, warf er deshalb Utopismus vor:

»Was die Herren von den bürgerlichen Apologeten unterscheidet, ist [...] der Utopismus, den notwendigen Unterschied zwischen der realen und idealen Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft nicht zu begreifen und daher das überflüssige Geschäft vornehmen zu wollen, den ideellen Ausdruck selbst wieder realisieren zu wollen, da er in der Tat nur das Lichtbild dieser Realität ist« (Marx 1983: 174).

Da Mouffe und Laclau den Unterschied zwischen der realen und der idealen Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft nicht als einen notwendigen wahrnehmen, erscheint ihnen die Differenz zwischen den im »demokratischen Imaginären« ausgedrückten Versprechen der bürgerlichen Revolution und den realen gesellschaftlichen Verwerfungen als bloß quantitativer Mangel der bislang erreichten Ausdehnung von Freiheit und Gleichheit.

Offenbar erschwert die diskurstheoretische Fassung des radikaldemokratischen Demokratiebegriffs die Verbindung zu anderen gesellschaftstheoretischen Überlegungen. So zerfällt etwa der Begriff des Staats für Mouffe und Laclau in eine »ungleiche Anordnung von Abteilungen und Funktionen mit einer nur relativen Integrierbarkeit durch die in ihm stattfindenden hegemonialen Praktiken« (Laclau/Mouffe 2000: 218). Wie die Gesellschaft insgesamt erscheint er nur mehr als eine Pluralität

von Konfliktfeldern. Aus dieser Perspektive erklären sie dann auch die (post-)strukturalistisch-marxistischen Versuche, etwa Louis Althusers und Nicos Poulantzas' über die Frage, wie die politische Form des bürgerlichen Staates zu bestimmen ist und welche Implikationen sie hat, für gescheitert.³ Im Rahmen ihrer Theorie des Politischen ist die einzige Alternative zu der deterministischen Vorstellung, Klassenverhältnisse würden staatliches Handeln vollständig bestimmen, das Verhältnis von Staat und Gesellschaft selbst wiederum als Resultat hegemonialer Artikulationen zu verstehen (vgl. Laclau/Mouffe 2000: 178). Und insofern »hegemoniale Artikulationen« mit »politische Handlungen« übersetzt werden kann, stimmt das abstrakt gesprochen sicher – denn auch die Reproduktion herrschaftsähnlicher gesellschaftlicher Verhältnisse ist natürlich ein Produkt menschlichen Handelns. Was so aber nicht mehr erklärt werden kann, ist, dass sich diese Reproduktion undurchschaut und naturwüchsiger vollzieht, also gerade nicht ohne Weiteres als praktische Reproduktion eines Herrschaftsverhältnisses erkennbar ist.

Hier verweisen die Probleme des postmarxistischen Demokratiebegriffs auf ein grundsätzlicheres Problem ihrer Gesellschaftstheorie. Die Abkehr vom marxistischen Fokus auf Klassenverhältnisse ermöglicht es zwar, sowohl einen »Essentialismus der Totalität« zu kritisieren – den dialektischen historischen Materialismus – als auch einen »Essentialismus der Elemente« (ebd.: 154), etwa in der faschistischen Theorie Carl Schmitts. Allerdings formulieren Mouffe und Laclau die Kritik an dieser falschen Alternative von der Vorstellung aus, hinter jeder politischen Praxis stehe eine grenzenlose historische *Kontingenz*. Ein politischer Antagonismus ist für sie explizit kein objektives Verhältnis, sondern »ein Verhältnis, worin die Grenzen jeder Objektivität gezeigt werden« (ebd.: 162). Antagonismen sind die bloße Negation einer gegebenen Ordnung, sie enthalten deren Nicht-Notwendigkeit. Zurecht heben Mouffe und Laclau hervor, dass zwischen den Antagonismen und den Bedingungen, aus denen sie entstehen, keine *notwendige* Verbindung besteht. Gesellschaftliche Ordnung ist gerade keine vollständig konstituierte, in festgefügten Momenten gegliederte Totalität, sondern ihre Elemente sind auf nicht-notwendige, auf contingente Weise miteinander verbunden: »Somit kommt ein Niemandsland zum Vorschein, das die artikulatorische Praxis erst möglich macht«

3 Poulantzas selbst polemisierte zwar gegen die sogenannte »Staatsableitungsdebatte«, zu der auch die hier vorgetragenen Argumente Heide Gerstenbergs zählen. Tatsächlich kommt seine Konzeption des bürgerlichen Staates als »die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen« (Poulantzas 2002: 159) jedoch zu ganz ähnlichen Einsichten. Auch für ihn ist der Staat bzw. das Politische immer schon konstitutiv in die Produktionsverhältnisse eingeschrieben. Die relative Autonomie des Politischen ist keine wirkliche Trennung, sondern nur die verschlüsselte, bürgerliche Form der »konstitutiven Präsenz des Staates innerhalb der Produktionsverhältnisse und ihrer Reproduktion« (ebd.: 45) (vgl. dazu Kannankulam 2008a: 60f.; Hirsch et al. 2015: 100f.). Diese Tradition führt dann auch Stuart Halls Staatsbegriff fort (vgl. Hall 2013a).

(Laclau/Mouffe 2000: 145). Allerdings lassen Mouffe und Laclau in dieser Vorstellung eines Niemandslandes reiner Kontingenz und ihrem Fokus auf politisches Handeln die spezifischen gesellschaftlichen Strukturen verschwinden, in denen politisches Handeln stattfindet. Die Beharrlichkeit gesellschaftlicher Institutionen gegen individuelles und kollektives Tun wird immer wieder verdeckt, indem politische Auseinandersetzungen grundsätzlich als Konflikte um die Konstruktion von Subjektpositionen und Identitäten beschrieben werden. Mouffes und Laclaus gelegentliche Verweise darauf, dass sich politische Konflikte »sedimentieren«, also zu Institutionen verfestigen, bleiben demgegenüber theoretisch folgenlos. Die Beharrlichkeit von Unterdrückungsverhältnissen kann nicht erklärt werden (vgl. dazu auch Jörke 2004: 180). Zudem bleiben sie abstrakt, weil sie die spezifischen Formen, in die Institutionen politisches Handeln zwingen, nicht befragen können. Unklar bleibt, wie durch politische Konflikte hindurch unbesiehen Herrschaft reproduziert wird: »Das Naturwüchsige wird zur reinen Kontingenz, die Entwicklung der Gesellschaft, die ›selbst kein Wesen‹ oder ›einfaches Grundprinzip‹ hat, zum bloßen Effekt artikulatorischer Praktiken, welche (diskursive bzw. politische) Hegemonie begründen« (Wallat 2010: 278).

Die politische Kraft der Äquivalenzlogik begründen Mouffe und Laclau aus der seit 1789 fortschreitenden Ausdehnung des »demokratischen Imaginären« in alle Bereiche der europäischen Gesellschaften. Entgegen dem Marxismus, der politische Spaltung ausgehend von einer bestimmten Klassenspaltung dachte, folgen sie der Idee eines »Primats der Politik« (Laclau/Mouffe 2000: 104) über das Gesellschaftliche. Während sie auf die Nicht-Notwendigkeit politischer Antagonismen und die prinzipielle Möglichkeit populistischer Artikulationen insistieren, vernachlässigen sie die Analyse gesellschaftlicher Strukturen.

Wohin führt also die radikaldemokratische Deutung der Französischen Revolution, die die populistische Logik gegen das marxistische Konzept des Klassenkampfes historisch absichern sollte? »Demokratie ist hier keine Gesellschaftsform mehr, sondern nur noch eine diskursive Matrix. In dieser bloß diskursiven Demokratie, die nicht mit konkreten Klassen- oder sonstigen Verhältnissen in Zusammenhang steht, scheint die populistische Logik stets und überall anwendbar. Auch eine Analyse verschiedener Wahl- und Parteiensysteme, wie sie die Cleavage-Theorien vornehmen, erscheint aus dieser Perspektive für das Verständnis des Populismus als nebenschließlich.

4.1.4 Das demokratische Paradox und der unauslöschliche Antagonismus⁴

Chantal Mouffe hat die Struktur des demokratischen Imaginären später präziser analysiert. Anders als Claude Lefort es vorschlug, ist Demokratie für sie nicht einfach eine völlig neue symbolische Ordnung. Demokratie als solche ist zunächst eine Herrschaftsform, die auf den Prinzipien der Gleichheit und der Volkssouveränität beruht. Diese Herrschaftsform existierte historisch in verschiedenen symbolischen Ordnungen. Die demokratische Revolution hat nun die spezifisch moderne Demokratie hervorgebracht, indem sie der demokratischen Herrschaftsform im Kontext eines liberalen, durch individuelle Freiheit und Menschenrechte bestimmten Diskurses erneut zur Geltung verhalf. Diese moderne Verbindung der demokratischen und der liberalen Tradition betrachtet Mouffe aber als in keiner Form notwendig oder logisch ableitbar. Vielmehr handelt es sich um eine »contingent historical articulation« (Mouffe 2000: 3) zweier durchaus heterogener, ja inkompatibler Wertekanons.⁵ Entgegen etwa Habermas' Versuch, Demokratieprinzip und Grundrechte als logisch gleichursprünglich und aufeinander bezogen auszuweisen (vgl. Habermas 1992: 151ff.), sieht Mouffe eine paradoxale Beziehung zwischen ihnen. Denn die Herrschaft des Volkes und die individuelle Freiheit stehen in einer unauflösbar Spannung zueinander, da sie sich stets gegenseitig begrenzen müssen:

»What cannot be contestable in a liberal democracy is the idea that it is legitimate to establish limits to popular sovereignty in the name of liberty. Hence its paradoxical nature« (Mouffe 2000: 4).

Diese Spannung kann lediglich vorübergehend in kontingenter und hegemonialer Form stillgestellt werden. Eben um diese konkrete Form der Stabilisierung von Freiheit und Gleichheit ringen die politischen Kräfte in einer liberalen Demokratie.

Die heutige hegemoniale, neoliberale politische Tradition identifiziert nun Demokratie fast ausschließlich mit dem Rechtsstaat und den Menschenrechten und verdrängt dabei beinahe vollständig das Element der Volkssouveränität. Zugleich ist zum ersten Mal in der Geschichte der modernen Demokratie die bloße Idee einer Alternative zu dieser hegemonialen Konzeption diskreditiert. Diese beiden Entwicklungen haben ein »democratic deficit« (ebd.) erzeugt, dass die Loyalität gegenüber

4 Dieser Abschnitt basiert auf Teilen eines bereits veröffentlichten Aufsatzes (Mattutat/Breuning 2017).

5 Margaret Canovan hat dieser Gegenüberstellung aus radikaldemokratischer Perspektive widersprochen. Mindestens für den anglophonen Bereich seien liberale Forderungen nach Freiheit und Menschenrechten vielmehr über weite Strecken ein Volksanliegen gewesen, in deren Namen die Ausgeschlossenen mobilisiert werden konnten. Und umgekehrt hat die liberale Seite der modernen Demokratie damit ihre Durchsetzung auch dem radikaldemokratischen Kampf für Volkssouveränität zu verdanken (vgl. Canovan 2005: 86).

demokratischen Institutionen und die Legitimität der liberalen Demokratie als solche gefährdet. An der Mobilisierung der Volkssouveränitätsidee durch rechte populistische Parteien ist erkennbar, dass sie durchaus noch Anziehungskraft besitzt.⁶

Indem der Neoliberalismus die Spannung zwischen dem liberalen und dem demokratischen Prinzip radikal zugunsten des Liberalismus vereinigte, hat er auch den legitimen Ausdruck von Widerstand gegen diese bestehende Machtformation verunmöglicht. Demokratie wird zunehmend auf freie Wahlen und die Verteidigung von Menschenrechten reduziert, während der ökonomische Liberalismus unanfechtbar wird (vgl. Mouffe 2018: 16). Diese Konstellation nennt Mouffe »Postdemokratie«. Parteipolitisch drückt diese sich in »Postpolitik« aus, also einem Verschwimmen der Grenze zwischen rechten und linken Programmen zugunsten einer Konsensdemokratie.

Laut Mouffe ermöglicht nun aber grade dieses Verschwimmen politischer Grenzen populistische Reaktionen, die versuchen, neue Grenzen zu ziehen. Daher entwickelt sie ihren antagonistischen Demokratiebegriff in Konfrontation mit verschiedenen Varianten einer »post-politischen Vision«. Diese Vision leugnet die anhaltende Bedeutung kollektiver Identitäten und unversöhnlicher Konflikte zwischen politischen Strömungen oder hält sie für überwindbar (vgl. Mouffe 2010: 7). Der liberale Kosmopolitismus, der sozialdemokratische »Dritte Weg« oder linksradikale Utopien einer versöhnnten Gesellschaft überspielen, dass politischen Konflikte letztlich nicht rational lösbar sind (vgl. ebd.: 17). Damit aber blenden sie die antagonistische Dimension des Politischen aus, die Mouffe für zentral befindet. Ihr Anliegen ist daher schon seit den 1990ern eine »Rückkehr des Politischen« (Mouffe 1993) in die Demokratietheorie und in linke Bewegungen.

Im Begriff des Antagonismus liegt also ein Schlüssel zum Verständnis der post-marxistischen Populismustheorie. Antagonismen, das heißt unversöhnliche, rational nicht lösbare Konflikte sind laut Mouffe für menschliche Gesellschaften »konstitutiv« (Mouffe 2010: 16). Mehr noch, sie sind das Politische selbst. Da politische Konflikte für Mouffe und Laclau stets Konflikte um Identitäten sind, kommt der Frage entscheidende Bedeutung zu, wie diese Identitäten entstehen. Können sie nicht-antagonistisch gedacht und gestaltet werden? An dieser Stelle ist es bedeutsam, dass sich Mouffe für ihr Verständnis politischer Identitäten auf Modelle stützt, die sie der faschistischen Rechts- und Verfassungstheorie Carl Schmitts entlehnt. Diese Verbindung lohnt näher betrachtet zu werden, nicht zuletzt da Mouffe in Schmitt einen

6 Lars Rensmann sieht in »illusions of sovereignty« gar ein wesentliches Merkmal populistisch agitierter Massen. Gestützt auf Hannah Arendts Analysen organisierter Mobs attestiert er der Überhöhung der Volkssouveränität ein unhaltbares Verständnis von Freiheit als einem singulären, selbstgenügsamen Willen. Diese problematische Gleichsetzung von Souveränität und Freiheit kommt nicht von ungefähr, denn sie ist tatsächlich »part of the normative foundations of modern liberal democracy« (Rensmann 2023: 464).

zentralen Bezugspunkt von Theorien der Neuen Rechten teilt, die auch im Bereich der populistischen Rechten erneut rezipiert werden.⁷ In Schmitts »Begriff des Politischen« heißt es: die »spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von Freund und Feind« (Schmitt 1963: 26). Der Feind ist »in einem besonders intensiven Sinne existenziell etwas anderes und Fremdes [...], so daß im extremen Fall Konflikte mit ihm möglich sind« (ebd.: 27). Erst durch die Bereitschaft und Fähigkeit zur Abgrenzung gegen den Feind kann sich nach Schmitt eine politische Einheit bilden und erst ausgehend von der »reale[n] Möglichkeit des Kampfes« (ebd.: 32) mit ihm gewinnt diese Einheit ihre spezifisch politische Existenz.

Diese zentrale Unterscheidung Schmitts eignet sich Mouffe für ihre antiessentialistische und diskurstheoretische Demokratietheorie an. Sie begreift jede Identität als relational, das heißt, jede Identität existiert nur in der Affirmation einer Differenz zu einem »Anderen«, einem »konstitutiven Außen« (Mouffe 2015a: 25). Im Politischen kann Identität so nur in einem kollektiven »Wir« bestehen, das sich von einem »Sie« abgrenzt. Demokratische Subjekte konstituieren sich demnach erst durch eine Grenzziehung zwischen »uns« und »ihnen«, die Gleichheit in ihrem Inneren beruht auf einer Ungleichheit nach außen.

Diesen Punkt verpassen liberale Demokratietheorien zunächst durch ihren methodologischen Individualismus. Weil sie stets das Individuum zum letzten Bezugspunkt ihrer politischen Theorien machen, erkennen sie, dass man es im Feld des Politischen mit kollektiven Identitäten zu tun hat, die sich nur in Abgrenzung zu anderen herausbilden. Auch die liberale Demokratie kann, entgegen der gängigen liberalen Vorstellung, diese grundlegende Form politischer Gegnerschaft nicht überwinden. Sie setzt vielmehr in ihrem Vollzug die ständige Bestimmung von Kontrahenten voraus. Sie kann aber den immer drohenden Umschlag dieser agonistischen Wir-Sie-Beziehungen in potenziell tödliche, antagonistische Kämpfe zwischen Freund und Feind verhindern (vgl. Mouffe 2010: 29). Dazu muss sie Verfahren bereitstellen, in denen sich die konkurrierenden Parteien als legitime Opponenten anerkennen. Dabei hat Mouffe im Wesentlichen die parlamentarischen Debatten und die Prozesse demokratischer Entscheidungsfindung im Blick (vgl. Mouffe 1993: 130).

Gefährlich ist die liberale Leugnung des Politischen nun laut Mouffe, da sie dazu beiträgt, dass politische Konflikte eher im Register der Moral und also antago-

⁷ So stützt sich der Ethnopluralismus der Neuen Rechten wesentlich auf Schmitts Freund-Feind-Unterscheidung (vgl. z.B. Vad 2003; Benoist 2007). Dem Ethnopluralismus zufolge sind Völker nicht länger biologisch-rassistisch aufzufassen, sondern als »Wesenheiten mit eigener [geschichtlich gewachsener] Persönlichkeit« (Benoist 1999: 42) und daher als unveränderliche kulturelle Identitäten, die vor fremden Einflüssen geschützt werden müssen (vgl. Eckert 2010).

nistisch statt agonistisch ausgetragen werden. Vom Standpunkt liberaler Theorie aus, demzufolge politische Gegnerschaft und politische Identitäten schon zugunsten eines rationalen, allgemeingültigen Diskurses zwischen Individuen überwunden sind, muss eine antagonistische Opposition zwischen Gruppen »als Wiederkehr irgendwelcher archaischer Mächte« (Mouffe 2010: 95) interpretiert und moralisch geächtet werden.

Neben dem methodologischen Individualismus wird in liberalen Theorien so auch der Rationalismus zum Problem. Liberale Theorien betrachteten die Organisationsformen der parlamentarischen Demokratie als »Institutionen [...], die alle widerstreitenden Interessen und Werte durch vermeintlich ›unparteiliche‹ Verfahren miteinander versöhnen« (ebd.: 9). Dahinter steht der Glaube, dass sich Demokratien durch ihre liberalen Institutionen hindurch auf einen »universellen rationalen Konsens [...]« (ebd.) über politische Fragen zubewegen. Dagegen wendet Mouffe mit Schmitt ein, dass es aufgrund des stets latenten politischen Antagonismus für politische Konflikte letztlich keine rationale Lösung geben kann. Es gibt nur die hegemone Durchsetzung bestimmter Programme gegen andere, die bestenfalls einen für die involvierten Subjekte akzeptablen Kompromiss darstellt. Denn der irreduzible Antagonismus strukturiert selbst noch die Konstitution der streitenden Subjekte und der gesellschaftlichen Objektivität:

»Das Hauptproblem des liberalen Rationalismus ist [...] seine Auffassung, Objektivität sei etwas den Dingen wesenhaft Eingeschriebenes. Er vermag nicht zu erkennen, dass Identität nur möglich ist, wenn sie als Differenz konstruiert wird, und dass jede gesellschaftliche Objektivität durch Akte der Macht konstituiert ist. Er weigert sich einzustehen, dass letztlich jede Form der gesellschaftlichen Objektivität eine politische ist und die Spuren der Akte der Exklusion tragen muss, die mit ihrer Konstituierung einhergehen« (Mouffe 2015a: 25).

Auch das ist eine Folge des Schmitt'schen Begriffs des Politischen. Freund und Feind sind als zwei einander ausschließende Gruppen konzipiert, deren Verschiedenheit substanzial und deren Konflikt immer existenziell ist, das heißt sie kämpfen um den Erhalt ihrer Identität (vgl. Schmitt 1963: 27). Ihr Streit kann aufgrund des Fehlens jeglicher gemeinsamen Basis prinzipiell nicht rational vermittelt werden. Ihre Auseinandersetzungen nehmen deshalb immer die Form des Kampfes um die Vorherrschaft einer dieser Gruppen an.

Natürlich verwehrt Mouffe sich explizit gegen die völkischen, antisemitischen und rassistischen Folgerungen, die Schmitt selbst aus seinem Modell abgeleitet hat. Insbesondere weist sie Schmitts Vorstellung einer substanzialen Homogenität zurück, also die Annahme, politische Gruppenidentität wäre immer auf eine vorpolitisch gegebene, geteilte Eigenschaft wie Ethnizität, Religion, Kultur oder Ähnliches bezogen (vgl. Schmitt 1957: 228). Politische Identitäten werden vielmehr durch ei-

ne Vielzahl von tätigen Identifikationen diskursiv hergestellt. Das bedeutet, dass es nie zu einer geschlossenen politischen Identität kommen kann. Erstens weil sich eine politische Identität wesentlich durch Abgrenzung von einem Anderen konstituiert, sie bleibt also von ihm abhängig. Zweitens weil immer mehrere Artikulationen einer politischen Identität miteinander konkurrieren, sich überschneiden und gegenseitig unterlaufen. Es ergeben sich Widersprüche und Uneindeutigkeiten, die verhindern, dass eine politische Identität jemals unverbrüchlich gefestigt werden kann (vgl. Mouffe 1999: 51). Während bei Schmitt politische Gleichheit nur denkbar ist, wenn sie an eine vorausgesetzte gleiche Eigenschaft anschließt, sind politische Subjekte bis hin zum Demos nach Mouffe und Laclau nie mit sich selbst identisch.

Dennoch weist die politische Diskurstheorie Chantal Mouffes ein zentrales Problem auf, durch das sie unfreiwillig wieder in die Nähe von Schmitt gerät. Mouffe setzt die Kritik essenzialistischer Modelle politischer Identität gewissermaßen zu radikal an und verstellt dadurch den Blick auf die Bedeutung gesellschaftlicher Geltung für politische Konflikte. In Konstellation mit ihrer Ontologie des politischen Antagonismus ähnelt sich so ihr Verständnis politischer Auseinandersetzungen Schmitt wieder an.

Während die Herstellung einer politischen Identität (»Freund«) bei Schmitt von der Möglichkeit des offenen Kampfes mit dem Anderen (»Feind«) abhängt, hebt Mouffes und Laclaus Ontologie des Antagonismus den offenen Kampf auf die Ebene des Faktischen. Es gibt nur ein »Wir«, wenn und insofern es wirklich mit einem »Sie« ringt – mag dieses Ringen auch noch so sehr vom »bewaffnete[n] Kampf« (Schmitt 1963: 33) zur Auseinandersetzung um die Diskurshoheit entschärft sein. Politische Auseinandersetzungen sind so in einer Unendlichkeit gefangen. Die zum Kampf zwingende Gegensätzlichkeit aller Subjektpositionen kann nicht aufgehoben werden. Es kann ihrer Auffassung nach niemals zu einer Lösung eines Antagonismus kommen, ohne dass mit ihm auch die durch ihn gebildeten Identitäten verschwinden und neue entstehen. Und das heißt: Zwischen dem »Wir« und dem »Sie« kann keine irgendwie geartete, grundlegende Gemeinsamkeit bestehen. Sie sind nur durch den Konflikt ihrer Identitäten, also sind sie wesentlich bzw. existenziell verschieden.

Diese Verschiedenheit geht aufgrund der dargelegten Engführung von Erkenntnistheorie und politischer Theorie bei Mouffe und Laclau sogar so weit, dass zwischen dem »Wir« und dem »Sie« prinzipiell keine vernünftige Verständigung stattfinden kann. Vernunft gibt es in der postmarxistischen Theorie, wie Ingo Elbe schreibt, »nur noch als ‚Schleier‘ vor der eigentlich partikularen, irrationalen, gewaltbegründeten Wirklichkeit. Chantal Mouffe betrachtet jede Form der Erkenntnis und jeden allgemeinen Wahrheitsanspruch als gewaltkonstituiert, als bloßen Ausschlussakt und Machteffekt« (Elbe 2015: 41). Denn der Antagonismus, die Unmöglichkeit vollständiger politischer Identität, ist zugleich die Grenze aller begrifflichen Geltung. Er »konstituiert die Grenzen jeder Objektivität, die sich als

partielle und prekäre Objektivierung enthüllt« (Laclau/Mouffe 2000: 165). Weil es keine den konfligierenden Artikulationen übergeordnete Objektivität gibt, gibt es nichts, worin sie sich vermitteln könnten. Deshalb kann der Andere in Mouffes Theorie niemals argumentativ überzeugt werden. Statt der rationalen Lösung von Konflikten gibt es nur die Durchsetzung der einen Partei gegen die andere, das heißt bestenfalls die Unterwerfung des »Sie« durch das Erringen einer hegemonialen Position.

Aufgrund dieser epistemologischen Dimension des Antagonismus nähert sich Mouffe dort wieder an Schmitt an, wo sie sich von ihm distanzieren will. Zwar mit weniger existentialistischem Pathos, aber doch in der Sache gleich behauptet sie wie er: »Die Möglichkeit richtigen Erkennens und Verstehens und damit auch die Befugnis mitzusprechen und zu urteilen ist [...] nur durch das existenzielle Teilhaben und Teilnehmen gegeben« (Schmitt 1963: 27).

Mouffe spitzt ihre relationalistische Kritik des liberalen Rationalismus unter Absehung von der Frage gesellschaftlicher Geltung also so sehr zu, dass ihre Theorie politischer Konflikte unfreiwillig auf ähnliche Konsequenzen hinausläuft wie Schmitts These substanzialer Homogenität. Weil nicht nur alle politischen Identitäten, sondern auch ihre begriffliche Beschreibung und die Geltung von Argumenten unmittelbar abhängig von performativen Bezugnahmen sind, ist im Politischen im Zweifelsfall keine rationale Verständigung möglich, Konflikte können nur durch hegemoniale Unterdrückung des Gegners gelöst werden. Wer etwa, wie Schmitt, den Begriff der Demokratie als völlig unabhängig von liberalen Freiheitsrechten begreift, kann durch keinen Hinweis auf dessen Geschichte oder praktische Verwendung argumentativ zur Einsicht bewegt werden. Laut Mouffe müssen deshalb die Angehörigen der politischen Einheit einer liberalen Demokratie eine Gemeinschaft bilden. Das heißt, sie müssen sich mit denselben Werten, politischen Prinzipien und Verfahren der Entscheidungsfindung identifizieren (vgl. Mouffe 1993: 130–132) damit eine politische Einheit möglich ist. Wer sich dieser Identifikation radikal verweigert, ist der absolut Andere, der nur bekämpft werden kann. Auch Mouffes Idee einer liberalen Demokratie kann daher den Antagonismus nicht grundsätzlich in einen pluralistischen Agonismus umwandeln. Sie verschiebt ihn vielmehr auf den Konflikt zwischen denjenigen, die in einem bestimmten Minimalverständnis liberaler Demokratie übereinkommen, und denjenigen, die dies nicht tun. Ein zentrales Ziel der Theorie der radikalen Demokratie bleibt damit uneingelöst.

Wegen ihrer Dekonstruktion von Objektivität können Mouffe und Laclau auch keine Gründe dafür geben, warum man sich eher mit der einen als mit der anderen politischen Position identifizieren sollte. Es gibt nur »ein pragmatische [...] Gründe [...] der Ansprüche auf Machtlegitimität« (Laclau/Mouffe 2000: 28). Ihr eigenes Engagement für die Linke stellen sie denn auch folgerichtig als kontingente, persönliche Entscheidung dar, die sich schlicht aus der persönlichen Vergangenheit begründen.

det (vgl. Laclau/Mouffe 2000: 34). Mouffe nähert sich auch hier wieder an Schmitt an, denn sie begreift wie er politisches Handeln letztlich als dezisionistisch.⁸

Dieses Begründungsproblem betrifft auch das Plädoyer für einen linken Populismus: Mouffe sah Europas konkrete Wir-Sie-Unterscheidung bis vor wenigen Jahren – diese »Analyse« trug sie bis zur COVID-19-Pandemie über Jahre unverändert vor (vgl. etwa Mouffe 2015b, 2019) – im Konflikt zwischen linkem und rechtem Populismus. Vor dem Hintergrund ihrer Diskurstheorie ist allerdings klar, dass keine der beiden Seiten einen objektiven Anspruch auf Legitimität formulieren kann, und eine Entscheidung für eine der beiden Seiten nur pragmatisch getroffen werden kann. Als Linke schlägt Mouffe dann freilich vor, sich auf die Seite des linken Populismus zu stellen, der die allgemeine Wahrnehmung eines Konflikts zwischen dem »Volk« und der »Elite« als Kampf gegen den Neoliberalismus statt als Kampf gegen Migrant*innen artikuliert. Argumente kann sie dafür aus den oben genannten Gründen allerdings nicht vorbringen.

4.1.5 Zusammenfassung

Demokratietheorie ist der zentrale Zugang der radikaldemokratischen Ansätze zum Populismus. Ihr sehr weiter Demokratiebegriff ist betont partizipatorisch, dynamisch und antagonistisch. Populismus ist für sie ein wesentlicher Bestandteil der aus der Verbindung von liberaler und demokratischer Tradition entstandenen modernen Demokratie. Sie lehnen dasjenige liberale politische Denken als rationalistisch ab, das Demokratie als bloßes Verfahren des Interessenausgleichs, der Konsensbildung und der verbindlichen Regelung von Gemeinschaften begreift. Populismus führen sie demgegenüber als einen urdemokratischen Impuls ein, der die verschütteten partizipativen, volkssouveränistischen und antagonistischen Elemente moderner Demokratie gegenüber der liberalen bzw. neoliberalen Hegemonie einfordert.

Diesen demokratischen Impuls betrachten alle Ansätze zugleich als Kern der modernen Politik schlechthin. Die postmarxistische Geschichtsschreibung sieht die populistische Logik als eigentliches Produkt der Französischen Revolution, die zuvor das gesellschaftliche Imaginäre umgewälzt hat. Dabei übersehen sie allerdings den bürgerlichen Charakter der Revolution und wie sich trotz und durch das demokratische Imaginäre hindurch Herrschaft naturwüchsig reproduziert. Demokratie wird auf eine diskursive Matrix reduziert, in der alle Konflikte als antagonistische Kämpfe um politische Identitäten erscheinen. Chantal Mouffe begreift diesen Antagonismus mit Carl Schmitt als einen unüberwindlichen Teil der menschlichen

⁸ Eine ausführliche Kritik des »linken Dezisionismus« bei Mouffe und vor allem Laclau leistet Karin Priester (vgl. Priester 2014: 33–37).

Natur, der bestenfalls in gewaltfreie Grenzen eingehetzt werden kann. Bis in die politischen Subjekte und die Erkenntnisfähigkeit hinein verhindert der Antagonismus wirkliche Verständigung zwischen »uns« und »denen« und eine harmonische Auflösung gesellschaftlicher Konflikte. Politische Positionierungen sind demnach nicht vernünftig zu rechtfertigen, sondern funktionieren letztlich dezisionistisch.

Welchen Stellenwert räumen die radikaldemokratischen Populismustheorien vor dem Hintergrund dieses Primats des Politischen der Ökonomie überhaupt und der kapitalistischen Ökonomie im Speziellen ein?

4.2 Kapitalismus und Klassenkampf

Die linken Bewegungen, aus denen sich die radikaldemokratische Theorie entwickelte, entstanden in Abgrenzung zum Realsozialismus. Damit verband sich eine Distanzierung vom orthodoxen Marxismus, der im Osten und bei den Apologet*innen im Westen zur Legitimationsideologie verkommen war. Die Idee der Emancipation löste sich aus der theoretischen und politischen Fixierung auf die Arbeiter*innenklasse. Daher ist es nicht verwunderlich, dass in der radikaldemokratischen Theorie die sozialistische Kapitalismuskritik kaum, oder nur in sehr veränderter Form, eine Rolle spielt. Dennoch greift ihre Kritik immer wieder auf Elemente der sozialistischen Theorettradition zurück. Die oben dargestellten Einwände gegen die liberale Modernisierungstheorie führen herrschafts- und kapitalismuskritische Themen fort, etwa, wenn sie die Apologie der Modernisierung anprangern und der Depolitisierung der Globalisierung skeptisch gegenüberstehen. Und auch wo keine explizite Kapitalismuskritik formuliert wird, gibt es implizite Vorstellungen darüber, welcher Stellenwert diesem Begriff zukommt.

4.2.1 Politik und Ökonomie als geschiedene Sphären

Für die Nicht-Marxistin Canovan sind Politik und Ökonomie voneinander geschiedene Sphären, die äußerlich aufeinander einwirken. Um die Rolle ökonomischer Probleme im Populismus zu verstehen, macht sie zwei Vorschläge.

In ihrem frühen Versuch über den Populismus geht sie zunächst davon aus, dass es vor allem ökonomische Interessen der Armen sind, die diese mittels populistischer Politiker*innen gegen die Elite durchzusetzen versuchen. Die Unterstützung für Demagogie und Diktatur betrachtet Canovan als eine »fundamentally rational strategy« (Canovan 1981: 160). Das gemeine Volk greift dann zu ihr, wenn seine Interessen denen der Elite stark zu wider laufen und keine andere politische Abhilfe möglich ist. Das Risiko, dass die Demagogie zur Tyrannie wird, nimmt es dabei notgedrungen, aber bewusst in Kauf. Populismus ist demnach eine mehr oder min-

der strategische politische Kalkulation angesichts eines Repräsentationsproblems in der Elitendemokratie.

Im Lichte ihrer späteren demokratietheoretischen Anknüpfung an Oakeshott stellt sich das Verhältnis von ökonomischen Interessen und populistischem Protest etwas anders dar. Canovan will in populistischen Bewegungen nicht mehr einfach rationale Interessenpolitik sehen, sondern betont, dass in ihnen die nach wie vor ausschlaggebenden ökonomischen Probleme in Fragen nach demokratischer Macht übersetzt werden. Nach welchem Prinzip diese Übersetzung geschieht, erläutert sie allerdings nicht. Ökonomische Interessen bleiben ein äußerlicher Faktor, der Populismus als Forderung nach Demokratie lediglich begünstige: Wähler*innen erwarteten von ihren Regierungen, ihre Interessen zu bedienen. Allerdings könnten Regierungen ökonomische Verhältnisse schlichtweg nicht kontrollieren, weshalb in schlechten Zeiten demokratische Systeme »vulnerable to populist reactions« (Canovan 1999: 12) seien. Das aber bedeutet natürlich auch, dass die populistischen Parteien selbst wirtschaftspolitisch ebenso machtlos sind wie ihre Gegner im Establishment. Canovan paraphrasiert einen populistischen Denkweg, in dem der irrationale, autoritäre Charakter der populistischen Antwort auf ökonomische Fragen daher sehr deutlich zutage tritt:

»If the government is the people's government, why isn't it looking after the people? Because it is in the hands of corrupt politicians, millionaires, Jews, tools of the IMF, politically-correct patrons of immigrant workers, and so on: the answer is to elect a people's government that will sack those who are feathering their own nests, send the immigrants home, or whatever the local remedy happens to be at a particular time. In so far as populism exploits this gap between promise and performance in democracy, there is no end to it« (ebd.).

Warum aber werden die ökonomischen Schwierigkeiten nicht selten auf diese personalisierende, antisemitische und rassistische Weise beantwortet? Canovans theoretische Entwicklung ist verwirrend: Einerseits hebt sie den irrationalen Aspekt populistischer Agitation deutlich hervor, andererseits können die von ihr mit Oakeshott als zentral herausgestellten Züge der »erlösenden« Seite demokratischer Politik – das demokratische Ideal der Volksherrschaft und der emanzipatorischen Kontrolle über das eigene Leben – keinesfalls die politische Ausrichtung dieser Agitation erklären.

Deutlich eindringlicher und ausführlicher behandelt Ernesto Laclau dieses Problem in seinen Arbeiten. Seine Theorie hat hinsichtlich des Kapitalismusbegriffs, vor allem aber des Klassenbegriffs, eine dramatische Entwicklung durchgemacht. Diese Entwicklung nachzuvollziehen, wirft Licht auf das gesellschaftstheoretische Erbe des Marxismus in der Populismustheorie.

4.2.2 »Volk« und Klasse als dialektischer Zusammenhang

Laclau's populismustheoretischer Aufschlag von 1977 wendet sich, wie eingangs erwähnt, einerseits gegen den soziologischen Funktionalismus der liberalen Modernisierungstheorie. Dabei präsentiert er noch unzweideutig »a scientific reading of Marxism« (Laclau 1977: 10). Allerdings wendet sich dieser Marxismus bereits ebenfalls gegen den Klassenreduktionismus und Ökonomismus der Zweiten und Dritten Internationale, um die Bedeutung des Populismus für den Sozialismus freizulegen.

Kapitalismus versteht Laclau zunächst klassisch marxistisch als eine Klassen gesellschaft, die als solche vom Gegensatz zwischen Ausbeuter*innen und Ausgebeuteten charakterisiert ist. Konkret besteht die Ausbeutungsbeziehung in der kapitalistischen Produktionsweise im Lohnverhältnis zwischen den Klassen der doppelt freien Lohnarbeiter*innen und der Bourgeoisie. Dies ist das grundlegende ökonomische Verhältnis in kapitalistischen Gesellschaften (vgl. ebd.: 22f.). Von Louis Althusser übernimmt Laclau den Gedanken, dass die Reproduktion dieser Gesellschaften aber nicht nur die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise erfordert, sondern auch die ihrer Voraussetzungen, vor allem der herrschenden Ideologie (vgl. ebd.: 135). Innerhalb der marxistischen Tradition knüpft Laclau zudem an Antonio Gramsci und insbesondere dessen Hegemoniebegriff an, demzufolge Klassenkämpfe sich keinesfalls unmittelbar in politischen Ideologien ausdrücken müssen. Für das Studium politischer Ideologien bedeutet das, dass weder aus der Klassenzugehörigkeit oder der ökonomischen Situation politischer Subjekte ihre politischen Ansichten oder Programme abgeleitet werden können (Ökonomismus), noch umgekehrt an einem bestimmten politischen Denken oder an politischen Theorien eine Klassenzugehörigkeit abgelesen werden kann (Klassenreduktionismus).

In Bezug auf den Populismus sieht Laclau den Fehler bisheriger Theoriebildung genau in einem solchen Klassenreduktionismus, nämlich in einer »reductionist equation of 'the people' and classes« (ebd.: 13). Dieser Reduktionismus tritt zunächst in Form der vulgären Vorstellung auf, Populismus wäre der unmittelbare politische Ausdruck einer bestimmten *Klasse*. Dem erteilt Laclau rundheraus eine Abfuhr, da die sozialen Basen der verschiedenen Populismen dafür schlicht zu unterschiedlich seien (vgl. ebd.: 145).

Ebenfalls reduktionistisch, allerdings interessanter sieht er das Problem durch die Modernisierungstheoretiker gestellt, die – wenn auch nicht-marxistisch – die Art der Präsenz sozialer Klassen im Populismus als zu klärende Frage behandeln. Torcuato Di Tella definierte Populismus als eine Bewegung, die zwar von städtischer Arbeiter*innenklasse und Bauernschaft unterstützt wird, aber nicht aus deren eigener organisierender Kraft hervorgegangen ist. Wie Laclau formuliert, hat in dieser Perspektive eine »peculiar distortion« die Klassennatur dieser ökonomischen Sektoren und die Form ihres politischen Ausdrucks voneinander getrennt, was einen zunächst rätselhaften Befund hervorbringt: »social classes are present in populism

but not as classes» (Laclau 1977: 151). Während Di Tella nun aber diese Verzerrung innerhalb des modernisierungstheoretischen Paradigmas als eine Asynchronität von ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungen zu erklären versucht, zweifelt Laclau die zugrunde liegende Annahme an, ideologische Elemente des Populismus könnten fest den verschiedenen Stufen des Entwicklungsparadigmas der »Modernisierung« zugeordnet werden. Damit stellt sich ihm folgendes Problem: Die charakteristischen Züge populistischer Ideologie können nicht einfach einer Klasse zugeschlagen werden, zugleich lassen sich aber ihre Bedeutung und ihr innerer Zusammenhang nicht aus einem historischen Paradigma herleiten, sondern können nur im Verhältnis zu der sozialen Klassenstruktur erkannt werden, in der sie jeweils wirken. Wie also hängen Populismus und Klassenverhältnis zusammen?

Zur Lösung schlägt Laclau vor, zwei theoretische Fragen zu unterscheiden: die generelle Frage nach der Klassendetermination von ideologischen »Überbauten« und die Frage nach der spezifischen *Form*, in der Klassen in diesen Überbauten existieren. In Laclaus antireduktionistischem Verständnis des marxistischen Klassenbegriffs gibt es keine zwangsläufige Form, in der Klassen auf politischer und ideologischer Ebene existieren. Der Klassencharakter einer Ideologie wird demnach nicht einfach von ihrem Inhalt angezeigt (etwa: nationalistische Ideologie sei immer bürgerlich), sondern von ihrer Form, dem »articulation principle which unifies them« (ebd.: 162). Damit ist ihre Rolle im Klassenkampf gemeint. Laclau greift auf Gramsci und Althusser zurück, um die Form einer Ideologie an ihre Funktion im Klassenkampf zurückzubinden. So ist etwa die Ideologie der herrschenden Klasse ein Teil ihres Herrschaftssystems und ihr Artikulationsprinzip ist es demnach, zu versuchen, Weltanschauungen zu absorbieren und kleinzuarbeiten, die den Widerstand der unterdrückten Klassen zum Ausdruck bringen. Die Ideologien der beherrschten Klassen dagegen versuchen genau das Gegenteil: politische Projekte miteinander zu verbinden, in denen der potenzielle Antagonismus des Klassengegensatzes entwickelt wird. Der konkrete Inhalt einer Ideologie soll dagegen zweitrangig sein.

Der eigentlich springende Punkt in Laclaus Populismustheorie ist aber, dass nicht alle gesellschaftlichen Widersprüche *Klassenwidersprüche* sind. Vielmehr ist es für die Etablierung der Hegemonie einer Klasse unerlässlich, dass sie auch nicht-klassenspezifische Inhalte in ihren Diskurs einbezieht. Genau hier sieht Laclau die Lösung des Populismus-Rätsels. Im Populismus nimmt nicht die Anrufung einer Klasse, sondern des »Volkes« die zentrale Rolle ein (vgl. ebd.: 165). Dieses »Volk« ist nun aber für Laclau nicht lediglich eine rhetorische Figur, sondern eine objektive Größe, ein realer Pol in der politischen und ideologischen Herrschaftsbeziehung zwischen Volk und »Machtblock«, die sich nicht mit dem Klassenverhältnis deckt. Der Klassenwiderspruch ist auf der Ebene der Produktionsverhältnisse bestimmend. Auf der Ebene der »social formation« jedoch, also der Ebene der

»political and ideological relations of domination« (Laclau 1977: 108) bestimmt der Widerspruch von Volk und Machtblock alle Auseinandersetzungen.

Beide Widersprüche, der Klassenwiderspruch und der Volk/Machtblock-Widerspruch konstituieren spezifische Kampffelder: den Klassenkampf und den »popular-democratic struggle« (ebd.: 166). Letzterer ist schlicht die politische Auseinandersetzung darum, wem zugesprochen wird, die Ziele des »Volkes« politisch zu vertreten.

Laclau stellt jedoch mit einem Ausdruck Althuslers klar, dass der Klassenkampf hier stets »in the last instance« (ebd.: 108) die bestimmende Rolle beibehält, da der popular-demokratische Kampf nur auf ideologischem und politischem Gebiet stattfinde, nicht aber auf Ebene der Produktionsverhältnisse, wo das »Volk« keine Existenz hat. So treten popular-demokratische Ideologien denn auch nie unabhängig von »Klassendiskursen« auf, sondern stets in Artikulation mit ihnen. Ja, der ideologische Klassenkampf besteht sogar wesentlich darin, popular-demokratische Anrufungen mit den ideologischen Diskursen der eigenen Klasse zu verbinden. Jede Klasse kämpft zugleich als Klasse und als Volk, das heißt sie versucht, die eigenen Ziele als Ziele des Volkes darzustellen (vgl. ebd.).

Worin besteht aber nun der Volk/Machtblock-Antagonismus und was sind popular-demokratische Anrufungen? Laclau geht davon aus, dass in der relativen Beständigkeit von Volkstraditionen gegenüber den sich wandelnden Klassenverhältnissen ein »secular struggle of the people against oppression« (ebd.: 166) zum Ausdruck komme, und zwar gegen »oppression in general, that is, *to the very form of the State*« (ebd.: 167, Hrvh. i. O.). Der Volk/Machtblock-Widerspruch ist demnach jeder Klassengesellschaft inhärent, er ist nicht auf die bestimmte kapitalistische Produktionsweise zurückzuführen. Der populär-demokratische Kampf ist also nicht Ausdruck eines bestimmten Klassenwiderspruchs, sondern ist älter und langlebiger als die wechselnden Klassenideologien und kristallisiert in all den Symbolen und Werten, die nationale Identitäten stiften. Nationale Symbole und Traditionen sind für Laclau also keineswegs bloße Verschleierungen des eigentlich wesentlichen Klassenkampfes, sondern »the residue of a unique and irreducible historical experience« (ebd.). Da diese Elemente von Volkstraditionen aber keinen kohärenten politischen Diskurs begründen, sind sie wiederum abhängig von der Verbindung mit Klassendiskursen. Daher können gänzlich verschiedene Bewegungen auf die gleichen Symbole zurückgreifen, wie etwa Hitler und Thälmann auf den deutschen Nationalismus.

Laclau stützt diese reichlich spekulativen Überlegungen auf zeitgenössische maoistische und liberal-sozialistische historische Studien von Alain Badiou und François Balmès sowie C. B. Macpherson, denen zufolge populär-demokratische Ideologieelemente keinen genuinen Klassencharakter haben. Er geht nicht so weit wie Badiou und Balmès, die in Volksaufständen »communist constants« (ebd.: 169) ausmachen, aber folgt Macpherson darin, dass populär-demokratische Ideo-

logieelemente qua ihrer inhärenten Staatsfeindlichkeit durchaus kommunistisch wirken können. Im Zuge des 19. Jahrhunderts wurden sie aber mit dem Liberalismus artikuliert und so von einer Bedrohung zu einer Stütze des liberalen Staates. Letztlich kann nur eine Verbindung mit dem Sozialismus das volle Potenzial des Volk/Machtblock-Widerspruchs entfalten (vgl. Laclau 1977: 168–171).

Das spezifisch Populistische besteht nun für Laclau darin, wie die popular-demokratischen Ideologieelemente in einen Klassendiskurs einbezogen werden. Es reicht nicht, dass sie überhaupt auftreten, sondern: »Populism starts at the point were popular-democratic elements are presented as an antagonistic option against the ideology of the dominant bloc« (ebd.: 173). Im Gegensatz dazu stehen Versuche, den Populismus lediglich einzusetzen, um mögliche politische Antagonismen als bloße partikulare Forderungen oder Unzufriedenheit absorbieren und in eine bestehende Hegemonie einbinden zu können. Populismus ist also der Gebrauch popular-demokratischer Ideologie mit dem Ziel, eine neue Hegemonie aufzubauen. Darin ist er weder notwendig revolutionär noch den beherrschten Klassen vorbehalten. Auch in Hegemoniekämpfen innerhalb der herrschenden Klasse wird der Appell an die »Massen« eingesetzt. So erachtet Laclau etwa den Nationalsozialismus als einen solchen »populism of the dominant classes« (ebd.: 174), der sich im Kampf mit den traditionellen wilhelminischen Junkern des revolutionären Potenzials popularer Anrufungen bediente. Dieser Populismus von oben ist für Laclau aber – trotz seiner Betonung der Nicht-Klassengebundenheit popularer Ideologien – gewissermaßen widernatürlich. Denn nur Populismus von unten kann den in den »democratic interpellations« impliziten Antagonismus zur Entfaltung bringen. Laclau folgert politisch:

»In this sense a socialist populism is not the most backward form of working class ideology but the most advanced – the moment when the working class has succeeded in condensing the ensemble of democratic ideology in a determinate social formation within its own ideology. Hence the unequivocally ›populist‹ character adopted by victorious socialist movements: think of Mao, think of Tito, and think even of the Italian Communist Party – which has come the closest in Western Europe to a hegemonic position – and has frequently been called populist« (ebd.).

Für die Frage nach der *Entstehung* populistischer Bewegungen bedeutet Laclaus Perspektive, dass die kapitalistische Produktionsweise – in Form akuter ökonomischer Krisen, zunehmender Deprivation oder permanenter Armut – nicht als unmittelbare Ursache ausgemacht werden kann. Die historische Voraussetzung populistischer Bewegungen ist vielmehr zunächst eine Krise des herrschenden ideologischen Diskurses in Form einer Hegemoniekrise innerhalb des »power bloc« oder unzureichender Absorptionsfähigkeit gegenüber den Beherrschten. Beide können selbst aber wiederum aus ökonomischen Krisen resultieren. So haben die großen Krisen

des kapitalistischen Systems stets populistische Bewegungen hervorgebracht (vgl. Laclau 1977: 176).

So modelliert Laclau das Verhältnis von Krise und Populismus für seine Deutung des Nationalsozialismus⁹ in Anschluss an Nicos Poulantzas etwa wie folgt. Den Ausgangspunkt bildet der Übergang zum Monopolkapitalismus in Deutschland und Italien. Er führte aufgrund der spezifischen ökonomischen und politischen Bedingungen in Bismarcks Deutschland, vor allem einer fehlenden ökonomischen Einiung und einer übermächtigen feudalen Landeigentümerklasse, zu einer doppelten hegemonialen Krise.

Erstens: Obwohl der Monopolkapitalismus ökonomisch immer dominanter wurde, konnte er nicht die politischen oder militärischen Mittel erlangen, die für die Kapitalakkumulation notwendigen politischen und ökonomischen Umstrukturierungen ermöglicht hätten. Es blieb als politische Option nur die radikale Konfrontation mit dem existierenden politischen System und eine Änderung der Staatsform, gestützt auf eine Massenbewegung. Diese musste freilich radikal und antikommunistisch sein, um weder im bestehenden Herrschaftssystem aufzugehen, noch die Interessen des Monopolkapitals zu gefährden. Dabei betrachtet Laclau allerdings die nationalsozialistische Bewegung nicht als Erfindung oder auch nur als einzige politische Option des Monopolkapitals. Sie stellte aber, einmal an die Macht gelangt, die Mittel zur Verfügung, die das Monopolkapital für seine Zwecke nutzbar machen konnte.

Der zweite Aspekt der hegemonialen Krise ist die Unfähigkeit der Arbeiter*innenklasse, popular-demokratische Ideologie mit ihren revolutionären Klassenzielen zu verbinden und so aus der Krise des herrschenden Blocks Kraft zu ziehen. In Laclaus Analyse hatte die Arbeiter*innenbewegung den popular-demokratischen Kampf im Zuge ihrer historischen Fixierung auf die Klasse weitgehend aufgegeben (vgl. ebd.: 124f.). Der Nationalsozialismus aber bezog seine Dynamik gerade aus der Radikalisierung der Mittelklassen, Laclau spricht von einer »jacobinization of the petty-bourgeoisie« (ebd.: 119). Sein spezifischer Erfolg war es, die Anrufung des Volkes aus ihrem vorherigen herrschaftlichen Kontext herauszulösen und zugleich der Arbeiter*innenklasse darin zuvorzukommen, sie an sich zu binden.

Die unmittelbare Voraussetzung des Erfolgs der nationalsozialistischen Bewegung ist für Laclau also die spezifische ideologisch-hegemoniale Konstellation in Deutschland. Allerdings wurde diese Konstellation erst durch die – notwendige – Entwicklung des Kapitalismus zum Monopolkapitalismus in eine Krise getrieben,

⁹ Laclau spricht durchgängig von »fascism«. Das entspricht seiner marxistischen Analyseperspektive, in der der deutsche Nationalsozialismus und der italienische Faschismus als strukturgeleich erscheinen. In Hinblick auf die wichtigen Unterschiede beider Bewegungen wird hier stattdessen der spezifische Begriff verwendet.

die radikale Veränderungen ermöglichte. Implizit steht hier eine These der Notwendigkeit und des zwingenden Charakters der vom Monopolkapitalismus angestrebten Änderungen im Hintergrund. Auffällig ist, dass Laclau an dieser Stelle den Monopolkapitalismus nicht als Produkt eines politisch-gesellschaftlichen Machtkampfes einführt, sondern als Resultat einer zwangsläufigen Entwicklung innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. An anderer Stelle benennt er mit dem berühmten »Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate« den Antreiber dieser Dynamik (vgl. Laclau 1977: 38). Obwohl Laclau explizit ausschließt, irgendeine historische Transformation könne allein durch die Entfaltung der inneren Logik der kapitalistischen Produktionsweise erklärt werden, kommt er genau dieser Identifikation hier doch bedenklich nahe. Denn der Monopolkapitalismus ist nicht nur eine bestimmte Entwicklung, sondern tritt zugleich als ein intentionales politisches Subjekt auf. Der Monopolkapitalismus versucht politische Hegemonie zu erringen, um die Veränderungen durchzusetzen, die die Kapitalakkumulation *benötigt* (vgl. ebd.: 118). In dieser Darstellung bleibt weder Raum für Interessenkonflikte oder gar politische Konflikte zwischen den Fraktionen des Monopolkapitals, noch ist die politische Gestalt dieser Interessen hinterfragbar. Dennoch bleibt festzuhalten, dass der Kapitalismus als eine spezifische Produktionsweise hier von sekundärer Bedeutung bleibt, während der Klassenkampf im Zentrum steht.

Zusammenfassend formuliert Laclau das Verhältnis von Klasse und Volk als einen dialektischen Spannungszusammenhang, in dem die Klassen das übergreifende Moment bilden: Das Volk und die beherrschten Klassen sind Pole von Widersprüchen, die gleichermaßen konstitutiv für politische Diskurse sind. Der Klassenwiderspruch bestimmt dabei allerdings stets das »articulation principle« eines bestimmten politischen Diskurses, während sich der Volk/Machtblock-Widerspruch in Form popular-demokratischer Diskurse mit verschiedenen Klassendiskursen artikulieren lässt. Das ist die eine Seite des Spannungszusammenhangs. Populismus ist eine bestimmte Weise der Artikulation dieses Volk/Machtblock-Widerspruchs und kann daher nie das Artikulationsprinzip eines politischen Diskurses sein.

Dennoch ist die popular-demokratische Anrufung keine bloße Nebensächlichkeit, da der ideologische Klassenkampf gerade in den Versuchen besteht, dieselben popular-demokratischen Anrufungen in antagonistische Diskurse zu artikulieren. Gerade weil die Anrufung des Volkes nicht auf einen Klassendiskurs festgelegt werden kann, tritt der Klassenkampf auch als ideologischer Kampf auf. Nach Laclau existieren Klassen nur insofern als hegemoniale Kräfte, als sie populare Anrufungen in ihre eigenen Diskurse integrieren können – sei es, um sie zu neutralisieren oder um einen Antagonismus zum herrschenden Machtblock aufzubauen. Das ist die andere Seite des Spannungszusammenhangs.

Je radikaler die Konfrontation einer beherrschten Klasse (oder einer nicht-hegemonialen Fraktion des herrschenden Blocks) mit dem herrschenden Machtblock, desto notwendiger wird die populistische Artikulation popularer Anrufungen. Po-

pulismus ist also keineswegs ein Zeichen von ideologischer Rückständigkeit oder fehlendem Klassenbewusstsein, sondern ein Anzeichen für die erfolgreiche hegemoniale Durchsetzung eines Klasseninteresses (vgl. Laclau 1977: 196).

Der Volk/Machtblock-Widerspruch kann nicht ohne Bezug auf Klassendiskurse entwickelt werden, gleichzeitig ist der Versuch, Hegemonie zu erringen, immer auf den Einbezug des Volk/Machtblock-Widerspruchs angewiesen. Das Volk existiert nur in Verbindung mit Klassen, hegemoniale Klassen allerdings existieren nur in Verbindung mit dem Volk. Diese dialektische Spannung zwischen dem Volk und den Klassen bestimmt die *Form* der Ideologie. Sie strukturiert laut Laclau zugleich auch die mögliche Lösung der Spannung im Sozialismus vor: »there is no socialism without populism, and the highest forms of populism can only be socialist« (ebd.: 196–197).

Da Laclau sich auf eine prinzipielle Bestimmung des Verhältnisses von Klassen und Populismus konzentriert, fällt seine Gegenwartsanalyse des Kapitalismus knapp aus. Allerdings wartet sie dennoch mit einer großen These auf: Unter dem Monopolkapitalismus nimmt die politische und ökonomische Bedeutung der Mittelklassen zu. Da sie nicht direkt in das dominante kapitalistische Produktionsverhältnis eingespannt sind, gewinnt der ideologische Kampf um ihre politische Einbindung an Bedeutung. Das läuft auf ein zunehmendes politisches Gewicht populärer Anrufungen hinaus, da diese für die Ideologie der Mittelklasse zentraler sind als für die anderen Klassen. Im Faschismus ist diese Entwicklung laut Laclau bereits zutage getreten, entgegen der sowjetmarxistischen Prognose, die kapitalistischen Gesellschaften würden die Mittelklassen letztlich zum Verschwinden bringen (vgl. ebd.: 135).

Insgesamt machen Laclaus theoretische Mühen deutlich, dass die marxistischen Begriffe des Kapitalismus, der Klasse und besonders des Klassenkampfs für eine bejahende Populismustheorie große Schwierigkeiten aufwerfen. Der Knackpunkt ist die Übersetzung von sozialen Kräften, Produktionsverhältnissen und Gesetzmäßigkeiten in politische Subjekte und Identitäten, vor allem diejenigen »popularen Identitäten«, die sich nicht als Klasse begreifen. Diese Übersetzung darf nicht mechanisch gedacht werden, da sonst die politische Artikulation auf einen Ausdruck darunterliegender Klassenverhältnisse reduziert würde und Populismus nur als mangelndes Klassenbewusstsein erschiene. Laclau versucht in seinem Modell, dem ideologischen Kampf jenseits des Klassenkampfes Raum zu verschaffen, indem er den Konflikt zwischen »Volk« und »Machtblock« als einen eigenständigen, aber untergeordneten gesellschaftlichen Widerspruch begreift. Die dialektische Einheit von Klassenwiderspruch und Volk/Machtblock-Widerspruch soll dabei durch die stetige »Überdeterminierung« durch »Klassendiskurse« sichergestellt sein. Ohne dieses übergreifende Moment stünden Klassenidentitäten und populäre Identitäten unvermittelt nebeneinander. Genau dieses übergreifende Moment zweifelt Laclau aber in seiner späteren Populismustheorie an.

4.2.3 Abschied vom analytischen Kapitalismusbegriff

Knapp dreißig Jahre nach seiner marxistischen Populismustheorie setzt Laclau die Existenz eines ideologischen Klassenkampfes und von Klassen als politischen Subjekten nicht länger voraus. Anders als noch 1977 geht Laclau in seinem zweiten Hauptwerk zum Populismus, *On Populist Reason* (Laclau 2005), Mitte der 2000er-Jahre nicht mehr vom Kapitalismus als einer notwendig antagonistischen Klasse gesellschaft aus. Die unterdessen mit Chantal Mouffe entwickelte Kritik des marxistischen Klassenessentialismus kommt hier zum Tragen. So kritisiert Laclau etwa Gramsci, den er weiterentwickeln möchte, dafür, dass dieser letztlich als Subjekt jeder politischen Artikulation gesellschaftliche Klassen annimmt, deren Identität selbst aber nicht als Produkt einer Artikulation begreift. Dagegen setzt Laclau die These, dass politische Identitäten immer nur durch Überdetermination bestimmter, partikularer lebensweltlicher Forderungen entstehen können (vgl. ebd.: 127).

Angriffspunkt der Laclau'schen Kritik ist hier nicht weniger als die (hegelsche) Dialektik im Marxismus und insbesondere der dialektische Widerspruchsbegriff. Dialektisches Denken unterstellt laut Laclau stets eine radikale Immanenz. Denn indem Gegenteile als sich gegenseitig hervorbringend gedacht werden, sind sie immer schon als Teile einer homogenen, sich selbst entfaltenden Logik gesetzt. Jeder Widerspruch ist dann ein bloß interner Effekt, ein Bestandteil der gesellschaftlichen Logik, der er entgegensteht. Gestützt auf Peter Stallybrass' kritische Interpretation des Marx'schen Begriffs »Lumpenproletariat« versucht Laclau zu zeigen, dass die marxistische Vorstellung sozialer Antagonismen genau deshalb auf einer unhaltbaren teleologischen Geschichtsphilosophie aufruht und das Politische verleugnet. Marx hat Geschichte demnach als von einer einzigen kohärenten Logik beherrscht gedacht, der Entwicklung der Produktivkräfte. Auf der Grundlage dieser totalisierenden Logik hat er die Unterscheidung zwischen dem Industrieproletariat, dem er eine entscheidende Rolle als historisches Subjekt der Revolution zuschrieb, und dem Lumpenproletariat aufgebaut, dem er als unproduktive und politisch unzuverlässige Armenschicht keinerlei historische Bedeutung zumaß. Allerdings konnte er die scharfe Trennung von Proletariat und Lumpenproletariat nicht aufrechterhalten, sondern begann in seiner Analyse des Bonapartismus letztlich die konstitutive Bedeutung *politischer Artikulation* für soziale Verbindungen anzuerkennen. Die Lumpenproletarier*innen bilden keine Klasse im Marx'schen Sinne, sind aber dennoch ein Teil der heterogenen sozialen Basis des Bonapartismus. Laclau kommt daher mit Stallybrass zu dem Schluss: »I suspect that that is the real scandal of the lumpenproletariat in Marxist theory: namely, that it figures the political itself« (Stallybrass, zit. n. ebd.: 146). Die politische Identität des Lumpenproletariats ist keine Funktion seiner sozialen Stellung, sondern wird erst durch die politische Artikulation hergestellt. Laclau verallgemeinert diese Kritik zu der These, dass alle politischen Kräfte

nicht etwa Ausdruck irgendeiner tiefer liegenden gesellschaftlichen oder gar historischen Dynamik sind, sondern erst durch bewusste Artikulation heterogener gesellschaftlicher Elemente hervorgebracht werden (vgl. Laclau 2005: 146).

Damit widerspricht er auch seiner früheren Vorstellung, Antagonismen oder Widerstand wären den kapitalistischen Produktionsverhältnissen als solchen inhärent. Er besteht jetzt vielmehr darauf, dass etwa der Widerstand von Arbeiter*innen gegen ihre Ausbeutung nicht aus ihrer ökonomischen Funktion abgeleitet werden kann, Verkäufer*innen von Arbeitskraft zu sein. Nur wenn sie *tatsächlich* Widerstand gegen diese Ausbeutung leisten, kann von einem Antagonismus gesprochen werden. Widerstand entsteht mithin erst, wenn den kapitalistischen Produktionsverhältnissen eine politische Identität gegenübertritt, die im Widerspruch zu ihnen konstituiert ist – Laclau nennt das »*heterogeneity*« (ebd.: 149).

Letztlich steht für Laclau jede politische Forderung in einem Gegensatz zum Status quo. Selbst die Forderung nach höheren Löhnen kann nicht ohne Weiteres aus der Struktur kapitalistischer Produktionsverhältnisse abgeleitet werden, sondern setzt Gerechtigkeitsdiskurse voraus, die den Produktionsverhältnissen äußerlich entgegentreten (vgl. ebd.: 232). Damit geht einher, dass Arbeitskämpfe in der Produktion auch nicht notwendig antikapitalistisch ausgerichtet sind (vgl. ebd.: 150). Laclaus anti-dialektische Pointe soll sein, dass der Widerstand gegen eine bestimmte soziale Struktur nicht aus dieser Struktur selbst hervorgebracht und aus ihr abgeleitet werden kann, sondern ihr äußerlich sein muss. Die widerstrebige Identität, die gegen die Produktionsverhältnisse antritt, muss von einer bestimmten Gruppe getragen sein, nämlich »outsiders of the system, the underdogs – those we have called the heterogeneous« (ebd.). Mit dieser Personifizierung des widerständigen Potenzials suggeriert er eine schlüssige Verbindung zur Logik des Populismus. Politisch widerständige Identitäten müssen sich selbst – populistisch – als Underdogs, Outsider des Systems begreifen. Politische Subjekte überhaupt und erst recht emanzipatorische Subjekte werden immer als »Volk« konstituiert sein, nicht als »Klasse« (vgl. ebd.: 232). Diese populistische Identifizierung der Underdogs mit dem »Volk« ist aber keineswegs notwendig. Eine der einflussreichsten westlichen Antworten auf die Krise der Emanzipationsbewegungen der 1960er-Jahre, Herbert Marcuses *Der eindimensionale Mensch*, stellte etwa die revolutionären Randgruppen gerade gegen das Volk, das durch seine Integration ins System die Rolle als »Ferment gesellschaftlicher Veränderung« (Marcuse 1978: 267) verloren hatte.

Laclau entfernt sich also zu Beginn der 2000er-Jahre weit von seiner 1977 vertretenen Althusser'schen Position, der Klassenkampf determiniere in letzter Instanz alle sozialen Formationen, während der politische Kampf jenseits der Produktionsverhältnisse ausgetragen würde. Knapp dreißig Jahre später nennt er diese Unterscheidung »naive« (Laclau 2005: 236) und kritisiert die Idee, es könne so etwas wie einen »reinen« Klassenkampf, im Sinne eines rein antikapitalistischen Kampf-

fes, überhaupt geben. Der Begriff »Klassenkampf« ist insgesamt zu verabschieden, weil er politische Logik (Kampf) und soziologische Beschreibung (Klasse) eklektisch miteinander kombiniert und so einen *a priori* privilegierten Ausgangspunkt politischer Artikulation suggeriert. Stattdessen kann, anschließend an Gramsci, nur mehr von »collective wills« (Laclau 2005: 249) gesprochen werden. Die sozialistische Unterscheidung von »ökonomischen« und »politischen« Kämpfen ist hinfällig, da das Politische keine regionale Kategorie neben dem Ökonomischen ist, sondern als »anatomy of the social world, [...] the moment of institution of the social« (ebd.: 154) in sämtlichen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zur Wirkung kommt.

Unter anderem der slowenische Philosoph Slavoj Žižek insistierte gegen diesen Post-Marxismus früh auf die Zentralität des reinen, unmittelbaren Klassenkampfes, weil ihm zufolge die Ökonomie und also der Klassenkampf immer schon das Terrain strukturiert, auf dem partikulare Kämpfe und jedes Ringen um Hegemonie stattfinden können (vgl. Žižek 2000: 320). Dagegen führt Laclau ins Feld, dass die zentrale Rolle der Ökonomie im Kapitalismus keineswegs überhistorisch gegeben ist, sondern selbst erst aus einer historisch etablierten Überdeterminierung und hegemonialer Absicherung resultiert. Im Kapitalismus hat die Ökonomie zwar als »material reproduction of society [...] more repercussions for social processes« (Laclau 2005: 237) als andere Instanzen. Die Vorstellung, man könne einen unmittelbar und ausschließlich antikapitalistischen Kampf unabhängig von (anderen) partiellen Kämpfen führen, ist aber irrig. Vielmehr gibt es nur »anti-capitalist effects that can derive, at a certain ruptural point, from the articulation of a plurality of struggles« (ebd.: 238). Antikapitalistische Effekte können nur aus der äquivalenziellen Verbindung verschiedener partieller Kämpfe entstehen, weil – das ist Laclaus frappierende Konsequenz – Kapitalismus selbst lediglich eine »construction of the anti-capitalist movement« (ebd.: 239) ist. »Anti-Kapitalismus« und »Kapitalismus« sind, wie »Volk« und »Establishment«, nur entgegengesetzte Seiten einer diskursiv-politischen Frontstellung. Der Kampfbegriff »Kapitalismus« dient lediglich als Gegenüber, gegen das sich die anti-kapitalistische Bewegung zum politischen Subjekt vereint.

Damit aber ist der Begriff »Kapitalismus« als Analyseinstrument verabschiedet. Laclau nivelliert den Unterschied zwischen einem analytischen Begriff und einem politischen Schlagwort derart, dass politisch gebrauchte Begriffe nun *ausschließlich* den Gehalt der in sie gesteckten politischen Investition haben.

Laclau begründet diese Nivellierung explizit. Ihr Modell gewinnt er an einer bestimmten sprachphilosophischen Figur. Wie in der Sprache die ausgedrückten Inhalte nur im *Medium* der Sprache erscheinen können, stehen auch die einzelnen »democratic demands« und die popularen Symbole, unter denen sie sich politisch versammeln, in einem medialen Verhältnis zueinander. Die Forderungen treten nur im Medium eines bestimmten popularen Symbols politisch in Erscheinung. Hier hängt nun alles von Laclaus Begriff dieses Mediums ab. Er betont, dass solch ein Medium

nicht neutral oder transparent ist, also demjenigen nicht äußerlich ist, das sich in ihm ausdrückt. Sonder dem Medium kommt eine aktive, konstitutive Rolle für die politische Vereinigung von Forderungen zu:

»the popular symbol or identity, being a surface of inscription, does not *passively express* what is inscribed in it, but actually *constitutes* what it expresses through the very process of its expression. In other words: the popular subject position does not simply *express* a unity of demands constituted outside and before itself, but is the decisive moment in establishing that unity« (Laclau 2005: 99, Hrvh. i. O.).

Verschiedene Forderungen sind niemals schon von sich aus aufeinander bezogen, sondern erhalten ihren gegenseitigen Bezug erst von ihrer diskursiven Einigung unter einem popularen Signifikanten. Allerdings ersetzt diese diskursive Einigung für Laclau schließlich vollständig die Analyse der tatsächlichen – geteilten oder verschiedenen – Ursachen, die bestimmte Forderungen hervorbringen. Die Aussage etwa, eine Eliten-Oligarchie sei für die Nicht-Erfüllung bestimmten Forderungen verantwortlich, kann demnach in keiner Weise aus diesen Forderungen selbst abgelesen oder hergeleitet werden. Sondern sie stammt aus einem äußerlichen, politischen Diskurs, der die sozialen Forderungen lediglich aufgreift (vgl. ebd.: 98).

Der politische Diskurs in und die theoretische Analyse von gesellschaftlichen Verhältnissen sind für Laclau also radikal geschieden. »Die Oligarchie« als Ursache einer Reihe von Missständen zu benennen, ist eine rein *performative* Handlung, deren Sinn allein darin besteht, verschiedene Forderungen politisch zu vereinen. Die Frage, ob dieser Behauptung irgendeine überprüfbare Wahrheit oder theoretische Plausibilität zukommt, ist demnach unerheblich und sinnlos. Denn als politisch aufeinander Bezogene teilen die Forderungen nichts außer ihrer Unerfülltheit. Laclau macht diesen Punkt sehr deutlich. Nicht nur lassen sich Begriffe wie Gerechtigkeit, Gleichheit oder Freiheit in keiner, wie immer minimalen oder kontextgebundenen Weise positiv bestimmen. Sondern selbst die Frage, ob eine gerechte Gesellschaft eher durch Faschismus oder Sozialismus herbeigeführt wird, kann für ihn nicht logisch, sondern allein durch ein »radical investment« (ebd.: 97) entschieden werden, dass den beiden Begriffen performativ bestimmte Bedeutungen zuweist.

Damit aber kappt Laclau die Spannung zwischen Gesellschaftstheorie und Politik. Sein antidialektischer Impuls setzt eine unmittelbare, ja dezisionistische politische Positionierung an die Stelle der Reflexion gesellschaftlicher Probleme. Den prinzipiell richtigen Gedanken, dass politisch umstrittene Begriffe nicht restlos auf eine objektive und allgemein geteilte Definition reduziert werden können, hypostasiert Laclau zu einem allgemeinen Bedeutungsrelativismus.

Das deckt sich mit seiner Vorstellung des Politischen. Politisch, das heißt durch diskursive Kämpfe um Hegemonie bestimmt, ist letztlich jeder Aspekt der Gesellschaft. Es gibt lediglich vorübergehend depolitisierte, »sedimented social forms«

(Laclau 2005: 154), die die Spuren ihres politischen Ursprungs nicht offenbaren. Da in letzter Instanz sämtliche gesellschaftliche Phänomene als (hegemonial strukturierte) Diskursformationen gedacht werden, verlieren spezifische Sphären wie der Staat oder die Ökonomie ihre theoretische Relevanz – alles ist diskursiv, deshalb ist das Diskursive auch alles, worüber nachgedacht werden muss (vgl. dazu Breuning 2018b).

Allerdings kommt Laclau selbst letztlich nicht ohne einen analytischen Kapitalismusbegriff aus. Er spricht von einem »globalized capitalism«, um eine historische Tendenz zu beschreiben, in der populäre Identitäten und die politische Logik global an Bedeutung gewinnen. Der globalisierte Kapitalismus stellt demnach eine »qualitatively new stage in capitalist history« (Laclau 2005: 231) dar, denn er produziert die Heterogenität, von der politische Veränderung ausgehen kann, heute in vielfältigerer und weitreichenderer Form: »A globalized capitalism creates myriad points of rupture and antagonisms – ecological crises, imbalance between different sectors of the economy, massive unemployment [...]« (ebd.: 150). Soziale Logiken führen immer weniger zu gesellschaftlicher Homogenität und verlangen daher immer stärker danach, politisch wieder zusammengeführt zu werden. Allerdings ist mit »Kapitalismus« hier nicht mehr ein Produktionsverhältnis gemeint, sondern die ganze gegenwärtige, ökonomisch, politisch, militärisch und technologisch bestimmte »social formation« (ebd.: 235). Die sich sofort aufdrängenden Fragen bleiben unbeantwortet: Was zeichnet diesen »globalisierten Kapitalismus« aus? Wann fing er an? Warum produziert er mehr Antagonismen als frühere Formen? Und weshalb ist darin ein qualitativ neues Stadium des Kapitalismus zu erblicken?

Der Begriff »Kapitalismus« hat hier nur noch eine nominelle, keine systematische Rolle. Er steht in keiner bestimmbarer Relation zu Laclaus Populismuskonzept. Laclau suggeriert lediglich Radikalität, wenn er darauf hinweist, der Populismus könne, als Paradefall der Logik des Politischen, auch antikapitalistisch ausgestaltet werden. Und nicht nur das: Populismus wird in Laclaus gesamtem Buch letztlich auf diese politische Logik reduziert, frei von jeglichen bestimmbarer Inhalten und Auslösern.¹⁰ Irgendwelchen konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen oder Entwicklungen kommt für ein Verständnis des Populismus keine Bedeutung zu. Das Politische von einer regionalen Kategorie zur Grundlogik des Sozialen zu erheben, bedeutet bei Laclau, dass alle anderen gesellschaftstheoretischen Unterscheidungen irrelevant werden. Da »das Politische« und »Populismus« letztlich syn-

¹⁰ Von diesem rein formalen Populismusverständnis aus würden Laclau und auch Mouffe der Rede vom Populismus als einer Ideologie mit bestimmten Inhalten, wie sie der *ideational approach* etabliert hat, widersprechen. Paris Aslanidis hat diesen Dissens in Anknüpfung an Laclau ausformuliert und schlägt vor, Populismus statt als Ideologie als einen »discursive frame« zu begreifen, dessen einzige Elemente die »korrupten Eliten« und das »ehrenvolle Volk« sind (vgl. Aslanidis 2016: 99).

onym bestimmt werden, bleibt Laclau lediglich die Möglichkeit, verschieden starke Ausprägungen des Populismus zu unterscheiden. Jede politische Intervention ist zu einem gewissen Grade populistisch. Wie populistisch sie ist, hängt von der Länge der Äquivalenzkette ab, die verschiedene Forderungen zusammenschließt (vgl. Laclau 2005: 154).

Den Raum, in dem Laclau das Politische und den Populismus ansiedelt, trotzt er dem prägenden Einfluss sozialer Verhältnisse auf politische Prozesse ab. Die Verabschiedung der Begriffe »Klasse«, »Klassenkampf« und »Kapitalismus« war damit rückblickend der Einsatzpunkt einer Bewegung, die insgesamt das Gewicht gesellschaftlicher Verhältnisse aus dem Blick rückt. Indem Laclau die Verbindung von Gesellschaftstheorie und politischer Theorie kappt, gerinnt das Politische zur neuen alleinigen Logik des Sozialen. Das schließt Thesen über die Entwicklung des Kapitalismus nicht aus, entzieht ihnen aber weitgehend ihre Bedeutung für den Populismusbegriff.

4.2.4 Neoliberalismus als politischer Gegner¹¹

Diese Dynamik ist auch in Chantal Mouffes Texten zu beobachten. Für sie ist der Begriff »Kapitalismus« kaum relevant. Sie stützt sich stattdessen auf das Konzept des »Neoliberalismus«. Darunter versteht sie sowohl die aktuelle politisch-ökonomische Form des Kapitalismus als auch ein dominantes politisches Programm.

Dazu greift Mouffe hauptsächlich auf regulationstheoretische Beschreibungen zurück, etwa wenn sie synonym zum Neoliberalismus vom »postfordistischen Stadium des Kapitalismus« (Mouffe 2015a: 15) spricht. Zugleich bezeichnet sie mit »neoliberaler Hegemonie« (ebd.: 194) ein politisches Programm, das »Profit und Marktmechanismen« (Mouffe 2010: 68) priorisiert.

Die homonyme Verwendung von »Neoliberalismus« als Bezeichnung einer Regulationsweise und eines politischen Programms überdeckt allerdings eine unklare Beziehung von Struktur- und Handlungaspekten. Implizit tendiert Mouffe stets zu einer personalisierenden, akteurszentrierten Perspektive, zuungunsten struktureller Bedingungen. So bezeichnet sie etwa den Übergang vom Fordismus zum Postfordismus als einen »hegemonialen Schritt des Kapitals [...], der dem Ziel dient, seine führende Rolle und seine Legitimität wiederherzustellen, die Ende der sechziger Jahre ernsthaft infrage gestellt worden war« (Mouffe 2015a: 117). Veränderungen in der fordristischen politischen Ökonomie gingen auf intentionale Hegemoniekämpfe zwischen bestimmten Gruppen zurück. Demzufolge kann der Neoliberalismus auch durch eine personalisierende Grenzziehung angegriffen werden. Der Gegner kann daher nicht »mit einem so allgemeinen Begriff wie ›Empire‹

¹¹ Dieser Abschnitt basiert auf Teilen einer bereits veröffentlichten Rezension (Breuning 2018a).

oder ›Kapitalismus‹ (Mouffe 2015a: 119) beschrieben werden. Stattdessen müssen die »politischen und ökonomischen Kräfte des Neoliberalismus« (Mouffe 2015b) oder auch »the ›oligarchy‹« (Mouffe 2019: 8) ins Visier genommen werden. Mouffe klärt aber nicht, welche Personen, politischen Organisationen oder Institutionen das sein könnten. In dieser implizit personalisierenden Perspektive spielt der Kapitalismus als ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis keine Rolle. Daher fragt sie nicht nach den Handlungszwängen und -motiven, die Hegemoniekämpfe zwischen politischen Fraktionen befeuern. Zwar behauptet sie unter anderem, dass eine Bedeutungszunahme des »financial capitalism« gegenüber der »productive economy« (Mouffe 2018: 18) zunehmende ökonomische Ungleichheit verursache. Das aber bleibt unbestimmt und ein loses Ende, das sie weder weiterverfolgt, noch mit der eigentlich zentralen postmarxistischen Diskurstheorie in Verbindung bringt.

Schlaglichtartig zeigt sich diese Unbestimmtheit des Neoliberalismusbegriffs in Mouffes Kritik an der Sozialdemokratie. Vor dem Hintergrund ihrer agonistischen Politiktheorie wirft sie ihr immer wieder vor, einer »inadequate conception of politics« (Mouffe 2018: 1) anzuhängen. Gemeint ist der konsensorientierte und wirtschaftsliberale Schwenk, den viele sozialdemokratische Parteien in den Neunzigerjahren vollzogen. Anthony Giddens, Tony Blair und Gerhard Schröder prägten für diese vorgeblieche Alternative zum Neoliberalismus wie zur alten, etatistischen Sozialdemokratie den Titel »Dritter Weg«. Mit der Aufgabe des polarisierenden Gegensatzes von »rechts« und »links« hat sich die Sozialdemokratie für Mouffe unwiederbringlich in eine Hegemonie neoliberaler Globalisierung eingefügt. Eine politische Polarisierung, durch die überhaupt erst wieder über mögliche Gegenentwürfe zur bestehenden Alternativlosigkeit gesprochen werden könnte, ist von ihr mittlerweile nicht mehr zu erwarten. Das kann nur noch ein gewissermaßen post-sozialdemokratischer, linker Populismus wie der des ehemaligen britischen Labour-Chefs Jeremy Corbyn leisten. Dessen zentrale Parole »For the many, not the few« zog wieder eine Grenze zwischen »we« und »they«.

Gegenwärtige linke Politik wird also laut Mouffe vor allem schlecht gemacht. Sie ist zu konsensorientiert, verfolgt essenzialistische Politikverständnisse und vernachlässigt die hegemonialen und affektiven Dimensionen. Da Politik nun einmal agonistisch funktioniert, braucht es einen (linken) Populismus, der wieder eine politische Polarisierung herstellen und den Stillstand aufbrechen kann. Gleichzeitig stellt sie fest: »Under the pretext of ›modernization‹ imposed by globalization, social-democratic parties have accepted the *diktats* of financial capitalism and the limits they imposed to state interventions and their redistributive policies« (ebd.: 17, Hrvh. i. O.). Hier wird die voluntaristische Logik des Agonismus offen gegen den Verweis auf systemische Zwänge ausgespielt. Mouffe postuliert, sicherlich zu Recht, dass die sozialdemokratischen Parteien andere Politik hätten machen können. Allerdings verzichtet sie auf eine Analyse der zunächst gegebenen Bedingungen, mit

denen Politik konfrontiert ist. Ihre politische Theorie, die den Fokus auf diskursive Verschiebungen und Grenzziehungen legt, bekommt strukturelle Veränderungen und Widersprüche, etwa im Parteiensystem oder in der politischen Ökonomie nicht schlüssig in den Blick. Zum Grundproblem aller sozialdemokratischen Politik etwa, zugleich eine erfolgreiche kapitalistische Nationalökonomie organisieren zu müssen und großzügig umverteilen zu wollen, findet sich bei ihr keine Überlegung. Ebenso zur aktiven und passiven Rolle der europäischen sozialdemokratischen Parteien im postfordistischen »autoritären Etatismus« (Kannankulam 2008a). So erscheint der Kurswechsel der Sozialdemokratie als Ergebnis einer bloß falschen *Konzeption* von Politik. Das korrespondiert mit einer Uneindeutigkeit im postmarxistischen Begriff des Populismus. Einerseits bezeichnet Mouffe ihn als eine diskursive Strategie der Konstruktion einer politischen Grenze, die eine Gesellschaft in Underdog und Elite polarisiert. Eine solche Strategie, als nur ein möglicher »way of doing politics«, kann unter bestimmten Bedingungen erfolgreicher sein als andere. Mouffe nennt diese – unbestimmten – Erfolgsbedingungen den »populist moment« (Mouffe 2018: 11). Andererseits aber erheben Mouffe und Laclau den Populismus zur Ontologie des Politischen überhaupt, beanspruchen also, am Populismus die Form jeglicher politischen Veränderung bestimmen zu können. Aus dieser Perspektive ist Populismus dann stets möglich, unabhängig von konkreten politischen oder gesellschaftlichen Verhältnissen.

Dieser weite und der engere Begriff von Populismus changieren im gesamten Werk je nach konkreter Frage und verhindern eine präzise Bestimmung der ihn begünstigenden und begrenzenden gesellschaftlichen Bedingungen. Der Verweis auf strukturelle Veränderungen demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften ist letztlich anekdotisch und unterstreicht nur immer wieder, dass es in der Politik vor allem auf die richtige, nämlich populistische Konzeption ankommt.

4.2.5 Zusammenfassung

Insgesamt spielt der Kapitalismusbegriff in der radikaldemokratischen Populismustheorie eine untergeordnete Rolle. Margaret Canovans Arbeiten präsentieren die grundlegende Alternative, Populismus entweder als ein politisches Mittel zur Durchsetzung eines ökonomischen Interesses oder als Übersetzung dieses Interesses in eine Frage der Demokratie zu begreifen. Allerdings kann sie die Frage, wie und warum diese Übersetzung geschieht, nicht beantworten. Ernesto Laclau versucht bereits in den 1970ern mithilfe des Klassenbegriffs diese Alternative zu überwinden und beides zu integrieren. Populismus ist in seiner undogmatisch marxistischen Perspektive kein unmittelbarer Ausdruck eines bestimmten Klasseninteresses, kann aber dennoch nur in Bezug auf Klassenverhältnisse gedeutet werden. Sein Klassencharakter ist nicht in seinem Inhalt, sondern in seiner Form, das heißt seiner konkreten Rolle im Klassenkampf zu sehen. Zugleich ist der Konflikt zwi-

schen »Volk« und »Machtblock« hier nicht lediglich behauptet, sondern ein zweiter objektiver Widerspruch neben dem Klassenverhältnis. Der von Laclau vorgeschlagene dialektische Zusammenhang von Klassenwiderspruch und Volk/Machtblock-Widerspruch ist unter den radikaldemokratischen Theorien der anspruchsvollste Versuch, Kapitalismus und Populismus zusammenzudenken. Er insistiert auf die Bedeutung politischen Handels gegenüber bloß funktionalistischen Erklärungen und erkennt dennoch die wichtige Rolle kapitalistischer Krisen für populistische Bewegungen an.

Mit dem postmarxistischen Abschied vom analytischen Kapitalismusbegriff löst sich dieser Zusammenhang auf. Mouffe und Laclau lösen das Politische aus seiner gesellschaftlichen Bedingtheit und erheben die politische Artikulation zum neuen Grundprinzip des Sozialen. Die Not, nicht länger auf das marxistische Emanzipationskonzept vertrauen zu können, stilisieren sie zur Tugend. Die Möglichkeit und die Wirklichkeit des Populismus deuten sie nicht mehr von Klassenverhältnissen und Klassenkämpfen aus. Der Konflikt zwischen »Volk« und »Machtblock« oder Armen und Elite braucht nicht Kämpfe um Arbeitsbedingungen zum Ausgangspunkt zu nehmen. Politische Identitäten sind nicht länger auch Ausdruck sozialer Kräfte, sondern nur bewusstes Produkt politischen Handelns. Das aber führt dazu, dass die gesellschaftlichen Hintergründe populistischer Bewegungen auch weniger untersucht werden. Der Zusammenhang von Struktur und Handlung wird unklarer. Mouffes Beispiel zeigt, dass die Betonung des Politischen dabei einerseits zu einer personalisierenden Beschreibung kapitalistischer Produktionsverhältnisse neigt, die sich selbst der populistischen Rhetorik annähert. Andererseits bringt sie einen politischen Zweckoptimismus hervor. Die Vorstellung von unabhängig wirkenden politischen Logiken, auf die populistische Mobilisierung immer zurückgreifen kann, dient als Garant ihrer permanenten Möglichkeit. Diese Logiken verknüpfen die radikaldemokratischen Populismustheorien vor allem mit dem Begriff der Demokratie. Er ist ihr zentraler Ausgangspunkt. Wie deuten sie vor diesem Hintergrund die Rolle autoritärer Ideologie in populistischen Parteien?

4.3 Autoritarismus und politische Identität

Die radikaldemokratischen Ansätze sind von einer antiautoritären politischen Motivation getragen. Sie beziehen sich positiv auf den Populismus, da sie in ihm eine Form des Kampfes gesellschaftlich nicht-privilegierter Gruppen gegen Machteliten sehen. Autoritäre Ideologie kann aber nicht nur entlang dieses gesellschaftlichen Machtverhältnisses wirken, sondern auch zwischen nicht-privilegierten Gruppen oder gegen Minderheiten mobilisiert werden. Welche Erklärungen hat die radikaldemokratische Theorie dazu anzubieten?

4.3.1 Autoritarismus als rationale Strategie

Margaret Canovan kritisiert an den liberalen Modernisierungstheorien vor allem deren elitäres Demokratieverständnis, das die Masse bevormundet und die partizipative Seite der Demokratie leugnet. Diese Kritik fließt in ihre Antwort auf eine Grundsatzfrage der politischen Philosophie ein: »Why are ordinary people often willing to support a dictator?« (Canovan 1981: 158f.).

Die pessimistische Einschätzung, die sich auch die Modernisierungstheorie zu eigen gemacht hat, besagt, dass breite Unterstützung für autoritäre Politik grundsätzlich irrational ist und den fehlgeleiteten Bedürfnissen anomischer und verängstigter Massen entspringt (vgl. ebd.: 160). Moderne Massen sind in dieser elitären Perspektive nicht zu rationalen Entscheidungen fähig und entsprechend manipulierbar. Der richtige Umgang kann dann nur noch sein, den Massen, die hier vor allem in den unteren Schichten verortet werden, politischen Einfluss möglichst vorzuhalten.

Canovan hält dagegen eine optimistischere Perspektive, die sie implizit schon in Platons *Politeia* vorformuliert sieht. Wie oben bereits erläutert, erachtet sie die Unterstützung gerade der Armen für Demagogie und Diktatur als eine rationale Strategie, um ökonomische Interessen gegenüber der Elite durchzusetzen. Autoritäre Formen dieser Interessendurchsetzung sind lediglich dem notwendig robusten Charakter der Anführer*innen und ihrer – scheinbar ebenfalls zwangsläufigen – Korrumperung geschuldet:

»Given this situation of open or concealed class war, a popular leader will need to be determined, ruthless, and charismatic to succeed. [...] For the sake of revenge against the rich and material benefits for themselves, the poor people may be quite willing to allow their leader despotic powers, especially since these will be mainly exercised, initially at least, against the old oligarchy. The people may, of course, realize too late that power corrupts even their chosen leaders« (ebd.: 161).

Das Autoritäre in der populistischen Politik ist also von deren Anhänger*innen nicht gewollt, ja wird von ihnen eigentlich sogar abgelehnt.

Canovans Perspektive ist hier offensichtlich von ihrer anti-elitären politischen Position bestimmt. Die rationale Interpretation erlaubt ihr einen optimistischen und radikaldemokratischen Blick auf politischen Autoritarismus, die These eines weitverbreiteten politischen Irrationalismus scheint ihr hingegen »more depressing« (ebd.: 160). Gegen die Modernisierungstheoretiker sieht sich Canovan auch mit deren ideengeschichtlichem Vorfater Alexis de Tocqueville einig. Denn sie folgert, wie schon jener in *Über die Demokratie in Amerika*, dass die Gefahr populistischer Diktaturen nicht abgewendet werden kann, indem die Massen möglichst weitreichend aus der Politik ausgeschlossen werden. Sondern nur dort, wo sie

wirklich eigene Macht besitzen, werden sie keinen Grund haben, den Verlockungen der Demagog*innen auf den Leim zu gehen (vgl. Canovan 1981: 169f.).

Ganz widerstandslos gehen die von Canovan untersuchten populistischen Bewegungen in ihrem Schema allerdings nicht auf. Beispielsweise attestiert Canovan dem amerikanischen populistischen Gouverneur Huey Long, die Klasseninteressen seiner Gefolgschaft, insbesondere der louisianischen Bäuer*innen, in den 1930er-Jahren wie versprochen befriedigt zu haben. Dass er sie mittels politischer Patronage, Manipulation und Erpressung zugleich zu politischer Manövriermasse degradierte und sich selbst diktatorische Macht aneignete, leugnet Canovan nicht. Sie sieht darin Widersprüche einerseits zwischen kurzfristigen und langfristigen Interessen der Anhänger*innen Longs, andererseits zwischen ihren Interessen als ökonomische Individuen und als politische Bürger*innen (vgl. ebd.: 162). Sie muss zugestehen, dass zu den Bedürfnissen, die Long befriedigte, auch »the less rational satisfactions of theatricality and showmanship in politics« (ebd.: 167) gehörten.

4.3.2 Autoritarismus als widerständige Ideologie

Ähnlich wie Canovan wehrt sich Laclau gegen die liberalen und marxistischen Kritiken, die im Populismus eine rückwärtsgewandte oder unterentwickelte Form des Protests sehen. Auch er betrachtet daher von Anfang an autoritäre Ideogeelemente als etwas dem Populismus Äußerliches. Wie schon für sein Demokratiekonzept ist auch für Laclaus Autoritarismusverständnis wieder der Althusser'sche Ideologiebegriff zentral. Ideogeelemente wie popular-demokratische Anrufungen, aber auch Nationalismus, Rassismus oder Antisemitismus lassen sich laut Laclau nicht fest bestimmten Klassen zuordnen, sondern können stets in verschiedene Klassendiskurse eingeflochten werden. Dabei ist der zentrale Gegenstand des politischen Kampfes in kapitalistischen Gesellschaften, welche Klasse popular-demokratische Elemente an ihren Klassendiskurs zu binden vermag (vgl. Laclau 1977: 114). Dahinter steht die Annahme, dass die Mittelklassen aufgrund ihrer unentschiedenen Stellung im Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ideologisch nicht unabhängig von beiden existieren und somit für beide als politische Schwungmasse dienen können.

Faschismus ist für Laclau, kurz gesagt, nur eine der Möglichkeiten, wie popular-demokratische Elemente in Klassendiskurse artikuliert werden können. Sozialismus und Faschismus sind radikale populare Diskurse, die insbesondere in ideo-logischen Krisensituationen um die Artikulation popular-demokratischer Elemente ringen. Aus dieser Perspektive erscheint Faschismus letztlich als *Anti-Sozialismus* und die autoritären faschistischen Ideologien als *Mittel* zum Zweck der Bekämpfung des Sozialismus. Den nationalsozialistischen Rassismus zeichnet für Laclau aus, dass er sowohl popular-demokratische Elemente für sich mobilisierte (»All the anti-plutocratic, nationalist, democratic aspects [...] which constituted the identity of the dominated classes as people« (Laclau 1977: 120)), als auch ihre mögliche Verbin-

dung mit sozialistischer Ideologie verhinderte. Laclaus Rede von »Zielen« (»aim«), die mit der »Anwendung« (»was realized by fascism through...« (Laclau 1977: 120)) ideologischer Mittel erreicht wurden, legt dabei ein äußerliches und instrumentelles Verhältnis des Nationalsozialismus zum Rassismus nahe:

»Nazism constituted a populist experience which, like any populism of the dominant classes, had to appeal to a set of ideological distortions – racism, for example – to avoid the revolutionary potential of popular interpellations from being reoriented towards their true objectives« (ebd.: 174).

Damit schreibt er nicht nur die lange marxistische Tradition fort, autoritäre Ideologie lediglich als ein bourgeois Instrument zur Spaltung der Arbeiter*innenklasse und Sicherung der Klassenherrschaft zu betrachten. Sondern er blendet auch die zentrale Bedeutung von Rassismus und Antisemitismus für den Nationalsozialismus aus, ganz zu schweigen von Sexismus, Homophobie, Behindertenfeindlichkeit und weiteren Diskriminierungsformen und Verfolgungsgründen. Unklar bleibt, warum diese Ideologien ihre Funktion, große Teile der Bevölkerung politisch zu binden, erfüllen konnten. Einen Hinweis gibt Laclau lediglich mit Blick auf den osteuropäischen Antisemitismus des Mittelalters. Dieser ergab sich durch die Einsperrung der jüdischen Bevölkerung in die Sphäre der Geldwirtschaft und ihre daraus resultierende Rolle in der Ausbeutung von Bäuer*innen und Handwerker*innen. Anstelle von Kaiser, Prinzen und Bourgeoisie zogen eben jüdische Menschen den Hass des »common man« (ebd.: 99) auf sich. Wie sich der Antisemitismus aber in der kapitalistischen Moderne bis heute auch unter den »common men« reproduziert, fragt Laclau nicht.

Die Zuordnung von Ideologien zu Klassen betrachtet Laclau ausgesprochenermaßen als rein arbiträr. Sein autoritarismustheoretischer Hauptpunkt ist es, zu zeigen, dass Antisemitismus in verschiedenen Klassen auftreten kann. So könnte er zwar Antisemitismus unter Arbeiter*innen in den Blick nehmen, blendet ihn aber trotzdem beinahe völlig aus. Er umschift all die schmerzhaften Fragen nach der Verbreitung und der Rolle des Antisemitismus unter Arbeiter*innen und in der sozialistischen Bewegung. Aus seiner funktionalistischen Perspektive auf Autoritarismus erscheint für ihn sogar eine klassenkämpferische Entwicklung des Nationalsozialismus im Rückblick als eine echte historische Möglichkeit. Seiner Analyse gemäß war der Nationalsozialismus ein Jakobinismus, und als solcher immer potenziell zu einem Klassenkampf entwickelbar. Historisch verkörpert der nationalrevolutionäre Strasserismus für Laclau diese antikapitalistische Entwicklungsmöglichkeit, die eben deshalb brutal niedergeschlagen werden musste. Damit aber sieht er völlig darüber hinweg, dass die Differenz der Strassers mit Hitler weniger politischer als strategischer Natur war und ihre »Systemkritik« selbstverständlich selbst antisemitisch und rassistisch begründet war (vgl. Wistrich 2002: 248). Nachträglich

bestätigt das auch der seit den 1970er-Jahren zunehmende Erfolg des Strasserismus in deutschen neonazistischen Bewegungen.

Laclaus marxistischer Ansatzpunkt gerät angesichts des Autoritarismus offensichtlich an Grenzen. Zwar fragt er sich, warum der Faschismus erfolgreich darin war, die Anrufung des Volkes vom Klassenkampf zu trennen. Seine Antwort aber lautet lediglich: Weil die Arbeiter*innenbewegung nicht ausreichend versuchte, beide miteinander zu verbinden. Die angerufenen selbst tauchen in Laclaus Populismustheorie schlicht nicht auf. Hier kämpfen stets Artikulationen und Klassendiskurse gegeneinander um ideologische Vorherrschaft, aber es bleibt außen vor, wovon ihr Erfolg oder Misserfolg in diesem Kampf abhängen. Warum sind die »ideological distortions« popular-demokratischer Elemente überhaupt möglich? Welche Zustimmung oder Ablehnung bringen welche Gruppen rassistischer und antisemitischer Anrufung entgegen? Wie entstanden die Ideologieelemente, die der Nationalsozialismus miteinander artikulierte? Da Laclau keinen Blick für die politische Identität von *Individuen* hat, kann seine Theorie keinerlei Überlegungen über den irrationalen Charakter des Antisemitismus aufnehmen. Entsprechend weist er sozialpsychologische (Wilhelm Reich, Erich Fromm) und totalitarismustheoretische Ansätze (Hannah Arendt) grundsätzlich zurück. Sie ringen nach seinem Dafürhalten zwar zu Recht mit der tatsächlich besonderen Rolle der Ideologie im Nationalsozialismus. Diese ist aber ausschließlich darin zu suchen, dass im NS-Diskurs Anrufungen des Volkes jene als Klasse dominierten (vgl. Laclau 1977: 135f.). Laclau verwehrt sich vor dem Hintergrund seiner Kritik des Klassenreduktionismus ebenso gegen Theorien des falschen Bewusstseins, die Ideologien wie Rassismus und Antisemitismus vor allem als fehlendes Klassenbewusstsein interpretieren (vgl. ebd.: 163f.).

Diese mangelnde Aufmerksamkeit für die angerufenen Individuen verweist auf Probleme in Laclaus Ideologiebegriff. Er schließt an Althusser an, der die Kernfunktion der Ideologie darin sah, Individuen, die gesellschaftlichen Strukturen unterworfen sind, mittels einer Verkehrung imaginär als Subjekte anzurufen, die diese Strukturen selbstbestimmt hervorbringen. So soll Ideologie ihnen ihren gesellschaftlichen Platz als Beherrschte anweisen. Für Althusser kann es demgemäß gar keine von den durch das System Beherrschten selbst hervorgebrachte Ideologie geben. Laclau versucht dieses Problem zu umgehen, indem er postuliert, dass die Ideologien der beherrschten Klassen den Individuen die Aufgabe zuweisen, gegen das System zu opponieren (vgl. ebd.: 101). Das angerufene Subjekt wird laut Laclau erst durch die Anrufung konstituiert und stellt daher das einigende Prinzip einer Ideologie dar. Demgegenüber haben die inhaltlichen Elemente eines Diskurses »no meaning in themselves« (ebd.: 102). Mit diesen Setzungen erklärt Laclau jedes mögliche Element eines oppositionellen Diskurses zu einem systemkritischen Element und blendet die Möglichkeit eines Nebeneinanders von affirmativen, autoritären und oppositionellen Elementen ebenso aus wie mögliche inhaltliche Widersprüche zwischen ihnen. Zudem gerät das Subjekt in eine ausschließlich passive Rolle.

Dasselbe Problem offenbart sich mit Blick auf seine spätere Rede von »democratic demands« als Grundlage politischer Identität. Dass diese *demands* immer gegen die herrschende Macht gerichtet sein sollen, leugnet die Möglichkeit autoritärer »Forderungen« nach rassistischer, antisemitischer oder sexistischer Ausgrenzung (vgl. dazu auch Kim 2021: 84).

4.3.3 Affirmation des Neoliberalismus

Auch nach der Abkehr vom Marxismus bleibt die äußerliche Beziehung von Populismus und Autoritarismus in der Radikaldemokratie erhalten. Laut Mouffe und Laclau bietet die demokratische Revolution sowohl linkspopulistischer als auch totalitärer beziehungsweise rechtspopulistischer Politik Raum. Antagonismen müssen keinesfalls fortschrittlich artikuliert werden, ihre politische Bedeutung wird vielmehr erst durch die Verbindung mit anderen Kämpfen hergestellt. Diese Verbindung kann nicht im Vorfeld theoretisch abgeleitet werden, sondern ist ausschließlich das Produkt eines hegemonialen Kampfes. So kann etwa die Artikulation ökologischer oder sozialer Probleme durchaus auch autoritär geschehen. Konkret sehen Mouffe und Laclau das 1981 in der »Neuen Rechten« verwirklicht:

»Daß die Widerstandsformen gegen neue Unterdrückungsformen polysemisch sind und vollkommen in einem anti-demokratischen Diskurs artikuliert werden können, wird zweifellos durch den Vormarsch der ›Neuen Rechten‹ in den letzten Jahren bewiesen. Deren Neuheit liegt in ihrer erfolgreichen Artikulation einer Reihe von demokratischen Widerständen gegen die Transformation sozialer Verhältnisse mit dem neo-liberalen Diskurs« (Laclau/Mouffe 2000: 207).

In dieser Beschreibung sind alle Kernelemente der radikaldemokratischen Erklärung des Rechtspopulismus versammelt:

- Auch bei rechtem Populismus handelt es sich im Kern um demokratischen Widerstand.
- Der Widerstand richtet sich gegen dieselben sozialen Veränderungen wie linker Populismus.
- Im rechten Populismus verbindet sich dieser Widerstand mit einer Affirmation des Neoliberalismus.

Anhand der politischen Diskurse Thatchers und Reagans führen Mouffe und Laclau aus, dass diese dieselbe Struktur aufweisen wie radikaldemokratische. Ihr ursprünglicher Anlass war demnach die zunehmende Bürokratisierung des Wohlfahrtsstaates. Die Neue Rechte hat als Reaktion darauf einen Antagonismus zwischen dem »Volk« – in diesem Fall ein Volk der traditionellen Werte und des

Unternehmertums – und seinen Gegnern konstruiert. Damit sind hier der Staat und »Subversive« wie Linke und Intellektuelle gemeint. In Thatchers Angriff auf den Wohlfahrtsstaat verbindet sich so ein tradierter kultureller Konservatismus (»Nation, Familie, Pflicht, Autorität, Vorbilder, Traditionalismus«) mit einem neuen ökonomischen Neoliberalismus (»Eigennutz, Konkurrenz-Individualismus, Anti-Dirigismus« (Hall, zit. n. Laclau/Mouffe 2000: 208)).

Den Neoliberalismus kritisieren Mouffe und Laclau dabei als autoritär. Der Fluchtpunkt der neoliberalen Kritik ist die Auflösung der kontingenaten Artikulation von Liberalismus und Demokratie, die sich im 19. Jahrhundert herausgebildet hat. Er versucht, gegen die demokratische Tradition, erneut eine Zentralität des Liberalismus zu behaupten und die freie Marktwirtschaft vor staatlicher Intervention zu schützen (vgl. ebd.: 213). Ziel ist es, »das Terrain des demokratischen Kampfes zu beschränken und die in vielen sozialen Verhältnissen existierenden Ungleichheiten zu bewahren« (ebd.). Das erfordert jedoch die »Verteidigung eines hierarchischen und anti-egalitären Prinzips, das durch den Liberalismus selbst gefährdet worden war« (ebd.). Daher greift der Neoliberalismus nicht nur auf liberales politisches Denken, sondern zunehmend auch auf Versatzstücke konservativer Theorie zurück.

Die populistische Anschlussfähigkeit dieses konservativen Neoliberalismus erklären Mouffe und Laclau aber nicht über gemeinsame autoritäre Züge. Vielmehr hat der neoliberalen Diskurs erfolgreich den Widerstand gegen eine Bürokratisierung programmatisch an sich gerissen, indem er die Demontage des Wohlfahrtsstaates als eine Verteidigung individueller Freiheiten präsentiert (vgl. ebd.).

4.3.4 Libidinöse Basis politischer Identitäten

Anders als in den 1970er und 1980ern legen Mouffe und Laclau in ihren späteren Populismustheorien eine ausführlichere Beschäftigung mit den psychologischen Aspekten politischer Identitäten vor. Laclau arbeitet an der frühen Massenpsychologie des 19. Jahrhunderts – derjenigen Gustav Le Bons, Hippolyte Taines und William McDougalls – kritisch heraus, dass sie wesentlich auf der strikten Trennung von pathologischem und normalem sozialem Verhalten beruht. Diese Unterscheidung schließt sie mit den Gegensätzen von Individuum und Masse sowie Rationalität und Irrationalität zusammen. Jegliche Form der Masse bedeutet dann Entindividualisierung, Irrationalität und Auflösung gesellschaftlicher Institutionen und gesellschaftlicher Differenzierung. Laclau wendet ein, dass diese Gegensätze aber aufgrund eines »ideological anti-popular bias« (Laclau 2005: 40) als völlig starre Dichotomien gedacht wurden. Nicht zufällig stehen sie politisch der Diskreditierung von Massenprotesten und der Polemik gegen die Pariser Commune von 1871 ebenso nahe wie der heutigen Verurteilung des Populismus. Er sucht gegen diese Starrheit den Anschluss als Freuds Erkenntnisweg, vom Pathologischen aus das Normale

aufzuschließen. Das heißt hier: im Entstehen von Massen Logiken zu erkennen, die alles Politische strukturieren (vgl. Laclau 2005: 40).

Freuds »Massenpsychologie und Ich-Analyse« von 1921 setzte gegen den bis dato für die Beschreibung von Gruppenbildung zentralen Begriff der »Suggestion« den der »Libido«. Die Verbindung von Individuen zu jeglicher Form von Gruppe kann demnach nur über eine libidinöse Bindung erklärt werden. Diese affektive Bindung wird über die gemeinsame Identifikation mit konkreten äußeren Objekten geknüpft. Die Gruppenmitglieder idealisieren das Objekt, setzen es an die Stelle ihres eigenen Ich-Ideals und identifizieren sich so vermittels des Objekts miteinander. Dabei kann sowohl eine Führerperson das Objekt abgeben, als auch eine abstrakte Idee oder Utopie. Freud spricht im ersten Fall von einer »primären Masse« (Freud 1974: 108), im zweiten von »führerlosen Massen« (ebd.: 88), deren abstraktes Ideal sich aber »mehr oder weniger vollkommen in der Person eines gleichsam sekundären Führers« (ebd.: 94) verkörpern kann.

Da der grundlegende Mechanismus der libidinösen Identifikation also nicht auf Massen begrenzt ist, sieht Laclau bei Freud den alten massenpsychologischen Dualismus von organisierten, rationalen Gruppen und unkontrollierten, irrationalen Mengen in eine graduelle Unterscheidung aufgelöst. Vollständige Organisierung und bloß libidinöser Zusammenhalt sind Pole eines Kontinuums sozialer Gruppenformen, in denen sich diese beiden sozialen Logiken in je unterschiedlicher Weise miteinander verbinden.

Die Idee der Identifikation erlaubt es dabei auch, anders als in der frühen Massenpsychologie, den psychologischen Prozess der Gruppenbildung als nicht-autoritär zu denken. Während jede Gruppe durch libidinöse Identifikation zustande kommt, entscheidet das jeweilige Verhältnis der Mitglieder zu ihrem idealisierten Objekt zwischen autoritärer und demokratischer Identifikation. Je stärker die Überhöhung der Anführerfigur, desto autoritärer die Gruppenbildung (vgl. Laclau 2005: 60–62).

Laclau sieht mit Freud eine nicht-autoritäre Rolle des Anführers in primären Gruppen durch eine positive Eigenschaft ermöglicht, die die Mitglieder der Gruppe und ihr Anführer bereits im Vorhinein teilen. Der Anführer führt nur deshalb, weil er diese Eigenschaften besonders markant ausprägt, er nimmt also an der »very substance of the community« (ebd.: 59) teil. Daher ist er hier als Primus inter Pares nicht einfach nur ein narzisstischer Despot und ist der Gemeinschaft in hohem Ausmaß rechenschaftspflichtig.

Interessanterweise verlegt sich Laclau in seiner weiteren Erörterung der psychologischen Strukturen populistischer Bewegungen vollständig auf Gruppen, die durch personelle Führer konstituiert werden. Die oft festgestellte große Bedeutung herausgehobener Führungspersönlichkeiten in populistischen Bewegungen erklärt Laclau mit einem handstreichartigen Rückgriff auf seine politische Ontologie. Da der Populismus heterogene soziale Forderungen miteinander verknüpft, stellt er ei-

ne politische Identität nur nominell, durch einen singulären Namen her. Da die extreme Form einer Singularität aber eine Individualität ist, wird die politische Einheit in letzter Konsequenz durch den Namen der Führungsfigur zusammengehalten. Laclau verallgemeinert entsprechend: »the symbolic unification of the group around an individuality – and here I agree with Freud – is inherent to the formation of a ›people‹« (Laclau 2005: 100). Ungeachtet dessen, dass das eine nicht aus dem anderen folgt, legt Laclau so kurzerhand breite und wirkmächtige politische Bewegungen auf das Modell einzelner Führungspersonen fest. Der inneren Demokratie einer Bewegung misst er keine Bedeutung bei. Dadurch übersieht er möglicherweise die besondere Rolle autoritärer Führung in populistischen Bewegungen.

Auf ähnliche Weise eskamotiert Laclau die Frage nach dem Zusammenhang zwischen autoritärer Ideologie und populistischer Logik. Wenn sich die politische Spaltung einer Gesellschaft vertieft, greift die bisherige symbolische Ordnung nicht mehr. Populistische Bewegungen müssen daher eine eigene symbolische Ordnung konstituieren. Daher hängt dann auch die Identität ihres Feindes zunehmend von ihrer eigenen politischen Konstruktion ab (ebd.: 86). Diese Konstruktion kann unter verschiedenen politischen Vorzeichen vorgenommen werden, denn es ist zweitrangig, welcher »ontic content« die »ontological function« (ebd.: 87) der sozialen Spaltung erfüllt. Begriffe wie »the people«, »the nation« oder »the silent majority« können von links wie rechts gebraucht werden.

In diesem Sinne interpretiert Laclau etwa die Wähler*innenwanderung von der *Parti communiste français* (PCF) zum damaligen *Front National* (seit 2018 *Rassemblement National*) seit den 1990er-Jahren. Die PCF hat bis dahin den vom System Ausgeschlossenen eine Protestwahl entlang der politischen Spaltung in links und rechts ermöglicht. Mit dem Ende des Realsozialismus und der Einbindung der *Parti Socialiste* (PS) in eine Zentrumskoalition haben aber die »left-wing signifiers« das Feld der sozialen Spaltung verlassen, weshalb dann rechte Diskurse dieses Feld besetzen: »The ontological need to express social division was stronger than its ontic attachment to a left-wing discourse which, anyway, did not attempt to build it up any longer« (ebd.: 88).

Diese strikte Hierarchie von Bedürfnissen ist aber fragwürdig. Zunächst erscheint die politische Umorientierung unter französischen Arbeiter*innen in historischer Perspektive nicht wie ein einfacher Wechsel von linken zur rechten »Signifikanten«. Wie der französische Philosoph Didier Eribon herausgestellt hat, waren vielmehr bestimmte Haltungen und Vorurteile, etwa gegen ethnische Minderheiten und Homosexuelle, schon im kommunistischen Elektorat verbreitet. Dort waren sie allerdings noch durch die politische Identität als Klasse überlagert und eingehetzt – eben das hat sich später geändert (vgl. Eribon 2016: 118ff.). Diese untergründigen politischen Kontinuitäten verschwinden in Laclaus Unterscheidung eines unpolitischen *ontologischen* Bedürfnisses nach Protest und Abgrenzung einerseits und dessen *ontischer* politischer Ausformung andererseits. Er verortet

zwischen rechtem und linkem Populismus zwar ein »nebulous no-man's-land which can be crossed – and has been crossed – in many directions« (Laclau 2005: 87), hält damit aber gerade beide Populismen politisch säuberlich getrennt.

Und auch konzeptionell bleibt die Rede von einem »ontological need« dürftig. Bedürfnisse sind zunächst immer Bedürfnisse eines oder vieler Individuen. Im Individuellen aber verbietet sich eine allgemeingültige Hierarchisierung wirklicher und abgeleiteter Wünsche. Denn wer verspürt dieses »ontological need« nach Protest vor und unabhängig von seiner politischen Ausformung? Laclau schneidet hier die politischen und kulturellen Nebenbedeutungen ab, die jedes noch so abstrakt vorgetragene Bedürfnis nach Protest subjektiv aufweist. Damit weicht er der Frage nach einem Zusammenhang oder einer Affinität autoritärer politischer Vorstellungen und der populistischen Logik aus.

In dieselbe Richtung wirkt seine Entscheidung, seine politische Theorie auf der Grundkategorie des »democratic demand« aufzubauen. Er geht ohne Weiteres davon aus, dass jede isolierte gesellschaftliche Forderung von einem »underdog of sorts« an das »system« formuliert wird und »some kind of exclusion or deprivation« (ebd.: 127) durch dieses System voraussetzt. Jeder »demand« trägt also in sich bereits eine implizite egalitäre Dimension und wird durch eine tatsächliche Ausschlussfahrung hervorgerufen. Damit schließt Laclau nicht nur Konflikte zwischen gesellschaftlichen Gruppen unterhalb der Auseinandersetzung mit dem »System« aus. Für die Frage nach dem Autoritarismus ist bedeutsamer, dass so schon im Ansatz die Existenz irrationaler oder projektiver »demands« verneint wird, die sich nicht auf eine reale Deprivationserfahrung zurückführen lassen und sich zudem nicht gegen den Status quo, sondern gegen Schwächere und Schutzlose richten.

4.3.5 Anthropologisches Masse-Bedürfnis

Mouffes Erklärung autoritärer Politik operiert mit einer ähnlichen Hierarchisierung von Motiven wie Laclau. Gemäß ihrem Antagonismusbegriff sind feindselige Identifikationen in der menschlichen Psyche und der gesellschaftlichen Pluralität unweigerlich angelegt. So geht Mouffe mit Elias Canetti davon aus, dass ein Trieb oder gar »Instinkt« zum Verschmelzen mit einer Masse »Teil der psychologischen Ausstattung des Menschen« (Mouffe 2010: 34) ist. Dahinter steht ein lacanianisch-psychanalytisches Bild: Die Anziehungskraft bestimmter Identifikationen speist sich aus libidinöser Energie, die auf das eigene Genießen zielt. So bieten etwa kulturelle Identitäten dem Individuum eine aufwertende Vorstellung seiner selbst.¹² Diese libidinöse Energie kann als Hass mobilisiert werden, indem eine Fremdgruppe als

¹² Diese durchaus affirmative Haltung Mouffes zum affektiven Verschmelzen mit einem Kollektiv kehrt die kritische Absicht der Freud'schen Kritik der Massenpsychologie um, die den Aus-

Bedrohung für das eigene Genießen ausgemacht wird. Damit soll zugleich den liberalen und funktionalistischen Perspektiven widersprochen sein, die kollektive Identitäten entweder als archaischen Rest des früheren Nationalismus oder als Ausdruck eines geringen Bildungsgrades deuten (vgl. Mouffe 2010: 34–38).

Da Mouffe Antagonismen nicht gesellschaftstheoretisch erklären will, sondern sie schlicht für unhintergehbar hält, interessiert sie sich lediglich für ihre politischen Ausformungen. Können Konflikte nicht in einem geregelten, agonistischen Modus ausgetragen werden, brechen sie zwangsläufig in antagonistischer Form, also als Freund-Feind-Beziehung auf. Mouffe deutet so etwa den Antisemitismus im Nationalsozialismus in engem Zusammenhang mit der Entmachtung des Weimarer Reichstages:

»Wenn parlamentarische Institutionen zerstört oder geschwächt werden, verschwindet die Möglichkeit einer agonistischen Konfrontation und wird durch ein antagonistisches Wir/Sie ersetzt. Man denke etwa an das Beispiel Deutschlands und an die Art und Weise, in der die Juden mit dem Zusammenbruch der parlamentarischen Politik zu einem antagonistischen ›Sie‹ wurden« (ebd.: 33).

Hier offenbaren sich die Schwächen des Mouffe'schen Modells. Mouffe interpretiert die antagonistische antisemitische Feinderklärung und Verfolgung als Auswirkung fehlender agonistischer parlamentarischer Konflikttaustragung. Damit aber blendet sie erstens die lange Geschichte antisemitischer Propaganda vor 1933 aus, die nicht zuletzt im Hass auf Weimar als »Judenrepublik« zum Tragen kam und aktiv auf den »Zusammenbruch« hinarbeitete. Zweitens legt ihr Modell fatalerweise nahe, zwischen jüdischen und nichtjüdischen Bürger*innen habe zuvor tatsächlich eine agonistische Konfrontation bestanden, die dann gewissermaßen außer Kontrolle geriet und in einen Antagonismus verwilderte. Eine solche Konfrontation wurde aber lediglich in der antisemitischen Ideologie heraufbeschworen. Der diskursanalytische Antagonismusbegriff scheint hier blind für die Irrationalität autoritärer Propaganda, da er stets von realen Konflikten zwischen Gruppen ausgeht. Insgesamt umschifft diese Deutung eine Beschäftigung mit der spezifisch antisemitischen Ideologie, die der Feinderklärung zugrunde lag, und den Akteur*innen, die sie durchsetzten. Das aber weißt auf das grundsätzliche Problem hin, dass Mouffe für das Aufbrechen antagonistischer Konflikte ausschließlich die unzureichenden Konfliktregelungsmechanismen verantwortlich macht. Auch für den Erfolg rechter populistischer Parteien macht sie im Wesentlichen die Entpolitisierung in der Post-Demokratie und die liberale Verdrängung der kollektiven und affektiven Dimensionen des Politischen verantwortlich. Populistische bis hin zu rechtsextremen Partei-

gangspunkt für Mouffes und Laclaus psychologische Populismustheorie bildete (vgl. Struwe/Vennmann 2021: 117).

en haben dann Zulauf, wenn zwischen den traditionellen demokratischen Parteien keine agonistischen programmatischen Konflikte mehr auszumachen sind und also keine Möglichkeit einer leidenschaftlichen kollektiven Identifikation mehr besteht. Rechtsextreme Demagog*innen können davon dann profitieren, indem sie der natürlichen Nachfrage nach kollektiven Identifikationsmöglichkeiten selbst ein konkurrenzloses Angebot machen.

Aus der Vorstellung, es gäbe ein natürliches, vorpolitisches Bedürfnis nach kollektiver Identität folgt die Annahme, dieses Bedürfnis wäre für sich genommen gewissermaßen politisch ungeformt und könnte aus beliebiger Richtung aufgegriffen werden. Diese Idee verallgemeinert Mouffe auf sämtliche *demands*, die von autoritärer Agitation aufgegriffen werden:

»Es ist höchste Zeit, den Hintergrund des Erfolgs rechtspopulistischer Parteien zu erkennen. Er beruht auf in sehr problematischer Weise artikulierten, aber dennoch realen, demokratischen Forderungen, die von den traditionellen Parteien nicht berücksichtigt werden. Sie geben den Menschen darüber hinaus eine Art Hoffnung, verbunden mit dem Glauben, die Dinge könnten sich ändern. Natürlich ist das eine illusorische Hoffnung, die auf falschen Voraussetzungen und inakzeptablen Exklusionsmechanismen basiert, unter denen die Fremdenfeindlichkeit gewöhnlich eine zentrale Rolle spielt« (Mouffe 2010: 94).

Diese unpolitischen *demands* erhalten demnach erst durch Agitation ihre spezifisch autoritäre Ausrichtung. An dieser Unterscheidung von demokratischen Forderungen und autoritärer Artikulation hängt Mouffes ganze Konzeption links-populistischer Politik. Die Wähler*innen rechter populistischer Parteien sollen nicht von vornherein als ressentimentbehaftet abgeschrieben werden. Sondern ein linker Populismus muss den »democratic nucleus« (Mouffe 2018: 22) im Herzen ihrer Forderungen freilegen und in ein anderes Vokabular einbinden, um diese Forderungen auf egalitärere politische Ziele hin auszurichten. Nicht die Wähler*innen sind dafür verantwortlich, wie ihre Forderungen artikuliert wurden, sondern allein die populistischen rechten Parteien (vgl. ebd.).

So führt Mouffe etwa den Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider in den 1980er und 1990er-Jahren nicht zumindest auch auf die Anziehungskraft seines nostalgischen Austrofaschismus zurück, sondern allein auf seine populistische diskursive Strategie. Mit der Grenzziehung zwischen »hart arbeitende[n] Menschen und Verteidiger[n] der nationaler Werte« und »an der Macht befindliche[n] Parteien, den Gewerkschaften, Bürokraten, Ausländern, Linksintellektuellen und Künstlern« hat er demnach vor allem einen »mächtigen Pol kollektiver Identifikationen« (Mouffe 2010: 89) in Protest gegen die große Koalition von SPÖ und ÖVP geschaffen. Ähnliches gilt für die Erfolge des *Vlaams Blok* in Belgien und des früheren *Front National* in Frankreich. Mouffe legt sich darauf fest, die politische Anziehungskraft rechter populis-

tischer Parteien in deren populistischer Strategie gegen neoliberalen Alternativlosigkeit zu suchen, nicht in den autoritären Inhalten. Sie verneint die Möglichkeit, dass es gerade bestimmte, autoritäre Vorstellungen von »Volk« sind, die »kollektive Identifikationsmöglichkeiten mit hohem affektivem Gehalt« (Mouffe 2010: 93) bieten.

Am Beispiel der FPÖ und darüber hinaus weist Mouffe aber zugleich immer wieder bestimmte Inhalte als politisch besonders mobilisierend aus. Erfolgversprechend sind nationale Identifikation, Patriotismus, Mythen und Führungspersönlichkeiten. Mouffe besteht darauf, dass es sich dabei stets um Varianten des politisch mehrdeutigen »anti-establishment discourse« (ebd.: 68) handelt, den rechten Agitator*innen gegenwärtig nur besser als Linke zu bedienen verstehen. Sie sind für Mouffe daher »the true Gramscians« (Errejón/Mouffe 2016: 69), von denen die Linke lernen muss.

Mouffes Autoritarismustheorie wird von einem regelrechten Zweckoptimismus getragen: Am Grunde aller politischen Artikulation stehen ein allgemein menschliches Bedürfnis nach Identifikation und realitätsgerechte, demokratische Forderungen. Autoritäre Artikulationen dieser Forderungen sind ausschließlich den Agitator*innen anzulasten und verfangen nur mangels Alternativen. Mouffe verwischt mutwillig die Unterschiede zwischen verschiedenen Graden der Bindung an autoritäre Positionen und Weltbilder. Die postmarxistische Kritik des Essentialismus erreicht in der Anthropologisierung der Psyche und der Bedürfnisse nach Masse wie nach kultureller Identität eine Grenze. Mouffe blendet die spezifischen historischen Bedingungen dieser Wünsche und die konkret benennbaren Ideologien, die diese Identifikation heute am ehesten zu stiften vermögen, aus. Die Repräsentation durch rechte populistische Parteien und Bewegungen erscheint als eine einseitige, täuschende Beeinflussung der hilflosen Wähler*innen durch »begabte Demagogen« (Mouffe 2010: 88). Die ungelöste Frage bleibt, warum es rechter Agitation so überaus erfolgreich gelingt, »democratic demands« in antidemokratische Vorstellungen und Forderungen zu transformieren. Wie ist es zu erklären, dass die Verbreitung undemokratischer politischer Vorstellungen auch entgegen politischer Konjunkturen stabil bleibt und autoritäre Bedürfnisse existieren, die offenbar nicht aus realen gesellschaftlichen Konflikten folgen?

Auch in ihrem jüngsten Buch zur Verteidigung linkspopulistischer Politik beharrt Mouffe auf der zweckoptimistischen Theorie autoritärer Ressentiments. Hinter ihnen steht immer Wut als Reaktion auf eine spezifische Situation, in der das Individuum sich als »victim of some wrong« (Mouffe 2022: 43) erfährt. Zuletzt haben demnach vor allem die Corona-Pandemie, die Folgen des Klimawandels, aber auch der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine starke Bedürfnisse nach Schutz und Sicherheit erzeugt. Diese realen Probleme können politisch unterschiedlich gerahmt und beantwortet werden. Autoritär kann die Wut dann werden, wenn keine glaubhafte, auch affektiv ansprechende Perspektive echter Verbesserung verfügbar ist. Der Erfolg populistischer rechter Rahmungen ist damit nach wie vor in erster

Linie ein Produkt nicht überzeugend artikulierter linker Lösungsvorschläge. Und Mouffe argumentiert wieder entlang ihrer schon bekannten Linie, die Linke müsse von der besseren Affektansprache der Rechten lernen. Aufmerken lässt immerhin ihre Bemerkung, dass es für den linken Populismus nicht einfach ist, Affektansprache und Programm zu verbinden, da er nicht auf dieselben »demagogic techniques« (Mouffe 2022: 49) zurückgreifen kann wie sein rechter Gegner. Hier wäre weiterzufragen: Warum klebt die Identifikation so vieler Bürger*innen so hartnäckig an der ressentimentgeladenen Wut, selbst dann, wenn politische Alternativen durchaus vorliegen – wie etwa mit dem ökosozialistischen Programm des *Green New Deals*, das Mouffe selbst anführt? Lassen sich Ressentiments wirklich so unmittelbar auf konkrete Missstände zurückführen? Müssten hier nicht tiefere, weniger leicht bewegliche psychische Mechanismen in Betracht gezogen werden, die der autoritären Demagogie entgegenkommen?

4.3.6 Zusammenfassung

Die radikaldemokratischen Populismustheorien artikulieren einen antiautoritären politischen Impuls. Sie sprechen der massenhaften populistischen Mobilisierung in der Demokratie eine prinzipiell emanzipatorische Kraft zu. Die verbale Ausrichtung gegen das »Establishment« oder das »System« betrachten sie als Sammlung einer Reihe von konkreteren, berechtigten sozialen Forderungen. Theoretisch erwehren sie sich vor allem des Verdachts der liberalen Modernisierungstheorie, jede breite politische Bewegung gegen demokratische Eliten folge irrationalen Leidenschaften und stelle die rationale organisatorische Differenzierung der Demokratie als solche in Frage. Ihre Beschreibung der Rolle tatsächlich autoritärer Elemente in populistischen Diskursen soll diesen Einwand entkräften. Dazu unterscheiden sie zwischen autoritären Ausformungen und dem eigentlichen, demokratischen Gehalt populistischer Mobilisierungen.

Margaret Canovan setzt am Führungspersonal populistischer Bewegungen an, das entgegen der Intention der Anhänger*innen zu demagogischen und diktatorischen Politikformen greifen kann. Ernesto Laclau nimmt Ideegelemente in den Blick und betrachtet Rassismus und Antisemitismus als manipulative Verzerrung des revolutionären Potenzials popularer Anrufungen. Diese konkreten Ideegeelemente, mit denen eine politische Spaltung etabliert werden soll, sind nur eine mögliche, arbiträre Verarbeitung des eigentlichen, politisch ungerichteten Bedürfnisses nach Protest. Und Chantal Mouffe sieht im Kern jeder politischen Identifizierung demokratische Forderungen der Wähler*innen, die nur von rechten populistischen Parteien autoritär artikuliert würden.

Diese Unterscheidung ist produktiv, da sie es erlaubt, auch autoritäre Bewegungen nicht schlicht zu pathologisieren, sondern mögliche treibende Kräfte in tatsächlichen Machtverhältnissen zu suchen. Aber die Weise, in der die Radikaldemokratie

die Unterscheidung anlegt, lässt keinen Raum für die eigene Wirkmächtigkeit autoritärer politischer Identifikation. Sie legt sich darauf fest, in jeglicher politischen Mobilisierung könne ein rationaler Kern von einer autoritären Überformung unterschieden werden. Sie hält beides säuberlich getrennt, wo es womöglich deutlich komplexer miteinander vermittelt ist. Die umgekehrte Möglichkeit etwa, dass eine im Kern autoritäre Bewegung sich nur reale oder erfundene Anlässe zur Rechtfertigung ihrer politischen Agenda sucht, ist kategorisch ausgeschlossen.

4.4 Fazit: Gesellschaftstheoretische Elemente und Probleme

Wie ist nun die radikaldemokratische Konstellation von Kapitalismus, Demokratie und Autoritarismus zu verstehen? Um welchen gesellschaftstheoretischen Kern ist ihre Perspektive auf Populismus aufgebaut? Welchen Beitrag kann ihre Perspektive zum Verständnis des Erfolgs populistischer Parteien leisten, und wo geht sie fehl?

Wie gezeigt bildet der Demokratiebegriff das theoretische Zentrum. Populismus ist für Canovan, Mouffe und Laclau eine strukturelle Dimension der modernen Demokratie. Er kann und soll nicht überwunden werden, da er innig mit dem demokratischen Versprechen der Selbstbestimmung verknüpft ist. Sein Appell an das »Volk« und die »underdogs« fordert Volkssouveränität, Partizipation und kollektive Identifikation ein. Damit dient er aus radikaldemokratischer Sicht als ein Korrektiv gegen die liberale oder neoliberalen Reduzierung moderner Demokratie sowie gegen die institutionelle Verknöcherung.

Die untersuchten Theorien sind aber auch insofern radikaldemokratisch, als sie Demokratie tendenziell mit Politik gleichsetzen. Sie entwickeln eine Ontologie der Politik oder des Politischen, in der dem Populismus ein höherer Stellenwert zukommt als in jedem anderen Ansatz. Ihre Kritik an der liberalen Modernisierungstheorie korrespondiert mit diesem Primat des Politischen: Demokratie kann nicht auf Eliten und Institutionen reduziert werden; Politik ist keine bloße Funktion sozialer Fakten oder Gesetzmäßigkeiten, sondern erschafft diese erst. Und am Grunde jeder politischen Bewegung steht ein rationaler, emanzipatorischer Impuls. Das Politische ist zwar unumgänglich durch kollektive Identitäten, Leidenschaften und Antagonismen strukturiert. Das impliziert für die Radikaldemokratie aber keine Skepsis gegenüber populären Mobilisierungen, sondern Einsicht in die permanente Notwendigkeit, politische Identitäten zu erschaffen.

Die Ontologie des Politischen, die auf die Selbstständigkeit politischer Praxis gegenüber sozialen Verhältnissen besteht, kippt allerdings in eine regelrechte Leugnung des Sozialen. Demokratie, Politik und Populismus werden zu unvermittelten, freischwebenden Logiken, die entweder rein äußerlich mit sozialen Prozessen wechselwirken, oder sie gar erst selbst aus sich hervorbringen. Insbesondere die postmarxistische Theorie leugnet jegliche Eigenlogik, Verdinglichung und Ver-

selbstständigung ökonomischer oder kultureller Prozesse. Zugespitzt zeigt sich das in Ernesto Laclaus Reduzierung des Kapitalismusbegriffs auf ein politisches Schlagwort, das nur der Identitätsbildung dient. Kapitalismus, Neoliberalismus und Globalisierung stellen nur unterschiedliche äußerliche Anlässe für die Entfaltung derselben politischen Logik dar. Moderne Demokratie und Politik sind radikal von ihrer gesellschaftlichen Umgebung getrennt. Gesellschaftstheorie wird durch eine auf wenige Grundbegriffe reduzierte politische Theorie ersetzt. Die Frage, warum populistische Parteien und Bewegungen vermehrt erfolgreich sind, können die radikaldemokratischen Theorien daher, wenn überhaupt, nur mit Verweis auf wiederum politische Veränderungen beantworten. Eine post-politische, zunehmend konsensorientierte Politik der Mainstream-Parteien treibt einen neuen Antagonismus in Form populistischer Herausforderer hervor.

Dadurch ist auch der Blick auf den Autoritarismus vorstrukturiert. Obwohl die Betonung des Politischen zu Recht die Wandelbarkeit politischer Verhältnisse hervorhebt, erhält die Gefahr autoritärer Politik keine größere Aufmerksamkeit. Die antiautoritäre Stoßrichtung richtet sich allein gegen die gesellschaftlich Mächtigen. Da Politik tendenziell mit Demokratie in eins fällt, ist eine im Kern antidemokratische Politik von »unten« ausgeschlossen. Autoritäre Ideologien und Demagogie können populistische Mobilisierungen nur äußerlich verzerrn, die eigentliche Motivation bleibt stets demokratisch und realitätskonform. Dieses äußerliche Verhältnis ist unabhängig von der Auseinandersetzung mit dem Marxismus in allen Ansätzen angelegt. Die beunruhigende politische Ambivalenz der Anrufung des Volkes und der Volkssouveränität deuten sie optimistisch als Zeichen dafür, dass sich auch in antidemokratischen Mobilisierungen letztlich immer demokratische Forderungen ausdrücken. Theoretisch stützen sie diese Deutung auf die säuberliche Unterscheidung eines demokratischen Kerns, der aufgrund tatsächlicher Deprivationserfahrung Veränderung einfordert, von einer autoritären Überformung. Autoritäre Ideologien wie Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus können aus dieser Perspektive niemals die treibenden Kräfte einer populistischen Bewegung sein. Die radikaldemokratische Theorie widmet ihnen daher keine große Aufmerksamkeit. Sie versäumt es, die innere Struktur, die einschlägigen Themen und die treibenden Kräfte hinter autoritären Ideologien zu untersuchen. Anders als etwa bei der schon erwähnten Randgruppentheorie Herbert Marcuses steht hinter dem radikaldemokratischen Festhalten an der Volkssouveränität keine spezifische historische Verortung. Die radikaldemokratische Geschichtsschreibung legt nahe, die populistische Logik wirke seit 1789 als eine Kraft der Emanzipation. Alles Autoritäre sei demgegenüber nur Verzerrung gewesen.

